Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№. 30. Donnerstag den 30. Januar 1851.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 26. Januar, Nachmittags 5 Uhr. Eine neue Ministerkrisis wird erwartet. In der Morgen stattha benden Sitzung der National-Versammlung sollen Erklärungen von Barrot, Faucher und Thiers erfolgen. Eine Menge Gerüchte und Voraussagen zirkuliren über die Resultate der Morgen stattfindenden Interpellation in Betreff der Bildung des neuen Ministeriums. Man vermuthet eine Beantwortung der Botschaft des Präsidenten, ein Mißtrauensvotum, eine motivirte Tagesordnung gegen beanspruchte präsidentielle Unabhängigkeit, Ernennung eines Kommandirenden für die zum Schutz der Legislativen bestimmten Truppen, Anklage-Zustand u. s. w. Die größte Wahrscheinlichkeit dürfte wohl die einfache Tagesordnung für sich haben. Jedoch läßt sich mit Bestimmtheit nichts voraussagen, da von allen Seiten intriguirt wird, und auch schon die Ansicht sich Geltung zu verschaffen strebte, daß, falls es zur Annahme der einfachen Tagesordnung käme, eine spätere systematische Verwerfung aller vorgelegten ministeriellen Anträge zu erzielen. (S. das Ausführlichere unter Frankreich.)

Karlsruhe, 27. Januar. In der Kammer ist der Eisenbahn-Vertrag mit Würtemberg mit 38 gegen 22 Stimmen angenommen worden.

Hamburg, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Berlin-Hamburg $88\frac{3}{4}$. Köln-Minden 97. Magdeburg-Wittenberge $51\frac{1}{2}$. Ruff. $91\frac{3}{4}$.

Frankfurt a. M., 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 37. $4\frac{1}{2}$% Metalliques $63\frac{1}{2}$. 5% Metalliques $72\frac{1}{2}$. Bankaktien 1059. Loose 154, 87. Spanier $33\frac{3}{4}$. Wien $91\frac{5}{8}$.

Amsterdam, 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale $57\frac{1}{8}$. Spanisch inländische Schuld $33\frac{9}{16}$. $2\frac{1}{2}$% Metall. $37\frac{3}{8}$. 5% Metalliqu. $70\frac{1}{2}$. 5% neue Metalliques $76\frac{15}{16}$. Russische 4% Hope (1840) $86\frac{3}{4}$. Russische 4% Obligat. (Stieglitz und Comp.) $86\frac{1}{4}$. Neue russische Anleihe $95\frac{3}{4}$.

Hamburg, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide flau. Oel p. Mai $21\frac{7}{8}$, p. Oktober 22. Kaffee $4\frac{5}{8}$ gefragt, 2000 Sack $4\frac{5}{8}$, $4\frac{7}{8}$.

Stettin, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34, p. Frühjahr $34\frac{1}{4}$ bez., Br. und Gld. Rüböl $10\frac{1}{6}$, p. Frühjahr $10\frac{1}{2}$ Br. Spiritus $23\frac{7}{8}$, p. Frühjahr $22\frac{1}{2}$ bez.

Amsterdam, 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr $57\frac{1}{2}$. Rüböl p. Frühjahr $33\frac{1}{2}$. Stimmung flau.

Turin, 23. Januar. Die Debatten über den Vertrag mit Frankreich bezüglich des Handels und des literarischen Eigenthums werden fortgesetzt; in letzterer Hinsicht findet derselbe hartnäckigen Widerstand. Der Senat hat die zwei ersten Artikel des Gebäudesteuergesetzes ohne Modifikation angenommen. Ueber eine in der Deputirtenkammer vorgelesene Petition, daß eine Eisenbahn von Alessandria bis zum Po und zum Anschlusse an das österreichische Eisenbahnnetz gezogen werden möge, ward gestern in der Abgeordnetenkammer zur einfachen Tagesordnung übergegangen. Mamiani soll als Professor der Rechtsphilosophie an der hiesigen Universität angestellt werden.

Livorno, 21. Januar. Naffo, Minister des Bey von Tunis ist hier eingetroffen.

** Telegraphische Depesche.

Der Wiener Postzug kommt soeben, 10 Uhr 50 Minuten hier an und hat daher den Anschluß an den bereits von hier nach Breslau, resp. Berlin abgegangenen Zug versäumt.

Ratibor, den 29. Januar 1851.

Uebersicht.

Breslau, 29. Januar. Der preußische Gesandte v. Rochow ist trotz der dringenden Nöthigung, in Petersburg zu bleiben, von dort abgereist und in Berlin angekommen. Man macht hieraus Schlüsse auf die Wichtigkeit der Verhandlungen, die seiner in Berlin warten.

General Radowitz ist am 25. Jan. in Erfurt angekommen und wird dort längere Zeit verbleiben. Ueber politische Verhältnisse ist er sehr schweigsam.

Der dänische Finanzminister Sponneck ist von Wien in Berlin eingetroffen.

Der Versammlung des Freihandels-Vereins, welche am 27sten Januar zu Berlin stattfand, wohnte auch der Premierminister von Manteuffel bei.

Die mobilen Truppen des 7. Armee-Corps sollen bei Düsseldorf konzentrirt werden.

Ueber die wichtige Plenar-Sitzung der Ministerial-Bevollmächtigten zu Dresden am 14. d. Mts. theilen wir einen interessanten Bericht der „Allg. Ztg." mit. In derselben wurde der Dualismus in Bezug auf Bundesbeschlüsse über Krieg oder Frieden durchgesetzt und die Volksvertretung bei dem Bundestage abgelehnt. — Man drängt in Dresden zum Schlusse, namentlich zur Erledigung der kurhessischen und schleswig-holsteinschen Angelegenheiten.

Der Vorstand der Bundeskassen, Nell v. Nellenburg, wurde von Frankfurt a. M. nach Dresden berufen, um über den Bestand der Kassen und über die Möglichkeit zu berichten, ein stets mobiles Bundesheer von 100,000 Mann zu errichten. Der Bericht muß sehr genügend ausgefallen sein, da sofort Befehl gegeben wurde, zur Ausführung zu schreiten.

In Frankfurt will man gewisse Nachrichten haben, daß nächstens eine provisorische Centralgewalt (Preußen und Oesterreich) in das Leben treten werde. Neben dieser soll auch eine Bundes-Militärbehörde, deren Chef ein königlicher Prinz sein werde, bestehen. — Die deutschen Verfassungsprojekte scheinen in Dresden sämmtlich gescheitert zu sein, und die Konferenzen werden möglicherweise gar kein Resultat liefern.

Daß die Kompetenz der Kriegsgerichte zu Kassel bedeutend verringert worden ist, soll durch die Bemühungen Preußens bewirkt worden sein.

In Baiern werden Gebirgsbatterien errichtet, und man schließt daraus: daß es einem Kriege gegen die Schweiz gelte. — Wie die Berliner Const. Ztg. meldet: soll Baiern in Dresden darauf angetragen haben: die bestehende deutsche Flotte zu verkaufen. Dies wäre allerdings der schlagendste Beweis dafür, welche Sorge Baiern für die Größe und Macht Deutschlands trägt.

Bei dem Durchmarsche der Oesterreicher durch Göttingen sollen verschiedene Reibungen zwischen den Studenten und kaiserlichem Militär vorgekommen sein. Die Soldaten glaubten übrigens allgemein, daß sie gegen Preußen marschiren.

Die Oesterreicher sind nun fast alle über die Elbe gesetzt und im Lauenburgischen postirt. Man schätzt die Zahl der Truppen auf 31,000 Mann. — Unter dem Artikel aus Mölln theilen wir den Dislokationsplan der österreichischen Truppen mit, sie dehnen sich durchs ganze Land bis hart an die holsteinische Grenze aus. — Die Dänen stehen noch immer in ihren alten Positionen.

In Paris war man am 26. Januar außerordentlich auf die Sitzung der Nationalversammlung vom folgenden Tage gespannt, weil man glaubte, daß in derselben das neue Ministerium gestürzt werden würde. Auf welche Art und Weise? darüber kursirten in Paris die verschiedensten Angaben und Gerüchte.

Breslau, 29. Januar.

„Wir legen keine politischen Räthsel vor, sondern wir treiben praktische Politik" — schreibt die Kreuzzeitung, und die Kreuzzeitung ist eben damit beschäftigt, die Bausteine zu einer neuen Verfassung zusammenzutragen.

Die Reaktion hat weder Rast noch Ruhe. Angesichts einer in schweren Schlaf versenkten Nation, angesichts von Kammern, welche nur in langen Pausen hin und wieder durch ein Zeichen der Zustimmung oder Ergebung ihr Dasein bekunden, angesichts aller ihrer Eroberungen quält sie die Sorge für die Zukunft. Sie preiset ihre eigene Popularität, glänzend dargethan durch den reißenden Abgang, welchen die Portraits des Herrn v. Manteuffel finden sollen, sie spottet der Langmuth und der Ohnmacht der Kammern, die sie zu jedem Dienste für fähig hält, sie verherrlicht den Bruch mit der Revolution und mit allen Parteien außer den Junkern. Aber sie mißtraut trotz ihres Siegesgeschreies dem schlummernden Löwen und sucht ihm, nachdem sie ihn bereits an allen Gliedern gefesselt, auch den Mund noch zu stopfen. Sie fürchtet, daß diesen Kammern, die so viel getragen, so viel geduldet, in ihren Nachfolgern dereinst ein Rächer erstehen werde. Sie fühlt sich nicht heimisch in ihren Eroberungen, weil sie es nicht verstand, sich die Besiegten zu Freunden zu machen und durch segensreiche Schöpfungen das Andenken an ihre Zerstörungen mit Vergessenheit zu bedecken. Was bleibt ihr übrig, als hinter Mauern und Wälle sich zu verschanzen und den Staat in eine Burg halbsouveräner Junker zu verwandeln?

Ausschließung des gesammten Volkes vom Staate und Vertheilung aller obrigkeitlichen Gewalt unter ihre Getreuen, das ist das einzige Mittel, welches sie retten könnte, wenn es ausführbar wäre. Doch ob ausführbar oder nicht, sie klammert sich krampfhaft an den Strohhalm an und scheut auch den Fluch der Lächerlichkeit nicht, wenn nur durch lächerliche Mittel ihre Alleinherrschaft zu sichern ist.

Absolutistisch nach ihres Herzens Gelüsten, muß sie doch auch dem Absolutismus mißtrauen. Nicht für die Krone will sie die Allgewalt, denn ein absoluter Träger der Krone könnte ja auch ihrer Mitherrschaft sich entledigen wollen. Sie aber will herrschen und die Mittel der Herrschaft in ihrer Hand behalten. Wohl oder übel muß sie daher auch dem Volke, zu dem sie schließlich doch mitgezählt werden könnte, einen Antheil an der Herrschaft vindiciren. Trotz ihrer Feindschaft gegen den Konstitutionalismus kann sie doch seine Formen nicht entbehren und so sieht sie selbst widerwillig in den konstitutionellen Wirbel sich mit hineingerissen und arbeitet, eine lebendige Ironie auf ihr eigenes Prinzip, unverdrossen in Verfassungs-Aenderungen und Wahlgesetzen.

Wir fürchten, daß die Kammern ihr auch bei dieser Arbeit hilfreiche Hand reichen könnten, wir fürchten, daß dieselben, dem Prinzipe ihrer Majorität getreu, um einen Ueberrest der Verfassung zu retten, sich wohl auch zu einer neuen Aenderung des Wahlgesetzes verstehen möchten, aber wir glauben nicht daran, daß die Reaktion die Früchte ihrer Siege genießen werde.

Wie man auch modelt an dem Wahlgesetze, man wird keins erfinden, welches den Staat in die Hände der Junker überliefert. Auch die allerschlechteste Wahlart verhindert nicht, daß in der gewählten Vertretung der Geist des Volkes Eingang finde. Und wie man durch alle Oktroyirungen seit dem November 1848 keine Kammer gefunden hat, mit der sich regieren ließe, so wird man durch alle Künsteleien ständischer Gliederungen und Einpferchung kein Junkerparlament zu Stande bringen, denn das Volk läßt sich nun einmal durch keinerlei Klassifizirung aus dem Staatsorganismus herausbringen. Das Ideal der Reaktion, der feudalständische Staat bleibt doch immer nur eine wunderlich geschnörkelte Komposition aus den Bürgern des vorhandenen lebendigen Staates und wie man sich auch müht, die Korporationen des Mittelalters wieder herzustellen und das Leben der Gegenwart in die Formen der Vergangenheit zu kleiden, man schafft doch nur Masken, unter denen die Herzen der Gegenwart schlagen.

Man denke sich einen Augenblick die Provinzialstände wieder in Thätigkeit gesetzt und den vereinigten Landtag an die Stelle der Kammern. Das wäre doch die Vertretung, welche das Junkerthum als die wahre Volksvertretung preiset und darum in ihrer Berechtigung auch anerkennen müßte.

Wird das Junkerthum diese Vertretung anerkennen und respektiren können? Wird es nicht gegen seine eigene Schöpfung wieder in die Schranken treten müssen? Was die Helden der Restauration erstreben, ist ja Alles schon dagewesen und von seinen heutigen Lobrednern geschmäht und bekämpft worden. Die Opposition der alten Provinzialstände und des vereinigten Landtages ist von dem Junkerthum genau ebenso behandelt worden, wie jetzt die der Kammern. Wird sie ein besseres Schicksal erfahren, wenn sie jetzt wieder eine ständische würde? Oder wird sie heute weniger kräftig sein, wenn sie den Kampfplatz betritt mit der Erinnerung an alle Unbilden und Täuschungen der letzten Jahre? Wird das Gelüste, Volksvertreter zu spielen, unter der ständischen Uniform heute weniger lebhaft sich regen, als damals?

Was also kann man beginnen mit den alten Formen, für die man doch die alten Menschen nicht wieder zusammenzubringen vermag?

Preußen.

Berlin, 28. Jan. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den bisherigen Gesandten, geheimen Legations-Rath v. Le Coq, nunmehr definitiv zum Unter-Staats-Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, und den bisherigen Oberlehrer bei dem Gymnasium zu Koblenz, Alexander Nikolaus Georg Dominicus, zum Direktor dieser Anstalt zu ernennen.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich russischen Hofe, v. Rochow, von St. Petersburg. Abgereist: Se. Exzellenz der General-Lieutenant v. Radowitz, nach Erfurt.

○ **Berlin,** Ende Januar. [Dankgebet für die Errettung des Prinzen Friedrich Wilhelm.] Auf allerhöchsten Wunsch Sr. Majestät des Königs ist am vergangenen Sonntage den 26. d. Mts. in allen hiesigen Kirchen für die gnädige Bewahrung, mit welcher Gott Se. königl. Hoheit den Prinzen Friedrich Wilhelm, den Sohn des Prinzen von Preußen königliche Hoheit, bei dem Unfalle auf der Eisenbahn, bei dem er auf der Reise nach Bonn in einem Waggon von einem 15 Fuß hohen Damme herabgestürzt ist, beschirmt hat, so daß der junge Prinz unverletzt geblieben, ein Dankgebet abgehalten worden. Wie uns versichert wird, hat der evangelische Ober-Kirchenrath hiervon Veranlassung genommen, sämmtliche Konsistorien anzuweisen, daß in allen Kirchen der Monarchie so bald als möglich für die Bewahrung des Prinzen Friedrich Wilhelm ein Dankgebet an das allgemeine Kirchengebet für das königl. Haus sich anschließen möge.

Berlin, 28. Januar. [Tagesbericht.] Der dänische Finanzminister Graf Sponneck ist von Wien hier eingetroffen.

Die von Dresden aus immer von Neuem verbreitete Nachricht, Hr. v. Manteuffel habe in Olmütz bestimmte Zusicherungen gemacht, durch Annäherung des preußischen Zolltarifs an den österreichischen eine Einigung beider zu ermöglichen, darf als eine geflissentliche Unwahrheit bezeichnet werden.

Der hiesige Freihandels-Verein beschäftigte sich gestern wiederum mit der zunächst von Preußen zu verfolgenden Handelspolitik. Hr. Professor Schubert führte in einem längern sehr beifällig aufgenommenen Vortrage die Nothwendigkeit eines Anschlusses Preußens an den bestehenden Steuerverein aus. Der Ministerpräsident Hr. v. Manteuffel wohnte der gestrigen Sitzung des Vereins bei. Es wird demselben in gouvernementalen Kreisen jetzt überhaupt viel Aufmerksamkeit zugewendet.

Es wird jetzt in Dresden von österreichischer Seite sehr auf eine Beschleunigung der Verhandlungen gedrängt, man wünscht eine möglichst baldige Einsetzung der neuen Bundesgewalt und will sich an die Proteste Badens und Hessens nicht kehren. Von dieser Seite drängt man auch darauf, von der neuen Bundesbehörde die schleswigsche und kurhessische Angelegenheit zu Ende führen zu lassen.

Die in der Verfassungsurkunde vorbehaltene Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöfe der Monarchie, des Obertribunals und des rheinischen Revisions- und Kassationshofes wird sicherem Vernehmen nach noch im Laufe dieses Jahres, vielleicht schon vor Beendigung der gegenwärtigen Kammersession, vollzogen werden. Der Entwurf eines Gesetzes, das die näheren Bestimmungen für diese Vereinigung enthält, ist vollendet und wird den Kammern vorgelegt werden.

Außer dem den Kammern bereits übergebenen Entwurf eines neuen materiellen Strafrechts wird auch, und zwar gleichfalls noch in dieser Session, ein bereits vollendeter Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung zur Berathung an die Kammern gelangen. Dieselbe soll den im Bezirk des Appellhofes zu Köln geltenden Code d'instruction criminelle und die seit 1805 für die übrigen Landestheile zu Recht bestehende Kriminalordnung mit allen den neueren Strafprozeßgesetzen, namentlich auch die Verordnung vom 3. Jan. 1849 über die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, abändern und ersetzen.

Ein Protest gegen die neue kirchliche Gemeindeordnung ist auch bei den Kammern eingegangen, und zwar vom Magistrat zu Heiligenbeil.

Dem Antrage des Berliner Magistrats auf Aenderung der Verordnung vom 12. Nov. v. J. wegen der Kriegsleistungen haben sich verschiedene Stadtkorporationen angeschlossen, u. A. auch der Gemeinderath in Köln, die Stadtverordneten in Thorn, ja sogar der bei patriotischen Demonstrationen sonst in erster Reihe figurirende Magistrat von Erfurt. Auch die „Wehrzeitung" ist mit dem Gesetz unzufrieden, allerdings nicht, weil es den Bürger belastet, sondern weil auch Offiziere Einquartierung erhalten. Dies Blatt findet es unverzeihlich und „des Offizierstandes unwürdig", daß derselbe durch den „Gevatter Gemeinderath" sich eine Belastung aufbürden lassen müsse.

Hr. v. Manteuffel ist mit seiner Gemahlin heut bei Sr. Majestät zur Tafel geladen worden. (C. B.)

Den Gouvernements-Gerichten in den Bundesfestungen Mainz und Luxemburg ist in der Kabinets-Ordre vom 19. Juli 1834 die Civil-Jurisdiktion über die zu den dortigen Garnisonen gehörigen preuß. Militärs und Beamten, sowie deren Angehörigen unter gewissen Modifikationen übertragen worden. Nachdem durch die Verordnungen vom 2. und 3. Januar 1849 eine Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des gerichtlichen Untersuchungsverfahrens erfolgt ist, müssen sich die Kompetenz-Bestimmungen jener Ordre in mehrfacher Hinsicht ändern, da die nur mit einem Auditeur besetzten Gouvernementsgerichte in denjenigen Sachen, welche nach der neuern Gesetzgebung vor ein Kollegium resp. vor ein Schwurgericht gehören, nicht mehr fungiren können, auch das Appellationsgericht zu Hamm, welches für gewisse Fälle den Gouvernementsgerichten substituirt war, als ein Gerichtshof zweiter Instanz zum Erkennen in erster Instanz nicht mehr berufen ist. Die Regulirung dieser Kompetenzverhältnisse wird durch die Gesetzgebung erfolgen, indem der Herr Justizminister bei der in den Kammern stattfindenden Berathung über die Verordnung vom 2. Januar 1849 solche Bestimmungen in Vorschlag bringen wird, welche die Stellung der Gouvernementsgerichte und ihr Ressort in den sonst nicht unter die Militärgerichtsbarkeit gehörigen Angelegenheiten der preußischen Unterthanen in den gedachten Festungen näher zu ordnen geeignet sind. (C. C.)

Wir erfahren, sagt die National-Zeitung, daß geheimer Rath Maetzke, vortragender Rath im Ministerium des Innern, welcher sich bekanntlich in Betreff der Verwendung der Steuern seit dem 1. Januar mit dem Ministerium nicht in vollständiger Uebereinstimmung befand, und einen diesen Gegenstand betreffenden Antrag in der ersten Kammer einbrachte, seiner bisherigen Funktionen enthoben worden ist.

Herr v. Radowitz ist am 25. in Erfurt angekommen. Von seiner Mission nach dem Süden verlautet nichts mehr; vielmehr scheint er seinen Aufenthalt für längere Zeit in Erfurt nehmen zu wollen. Man will bemerkt haben, daß der General während seiner hiesigen Anwesenheit in Betreff der schwebenden politischen Verhältnisse sich mit der größten Zurückhaltung äußerte.

Der vor einigen Tagen durch den Telegraphen nach Paris berufene Gesandte der französischen Republik, Hr. v. Lefébvre, wird, wie wir hören, wahrscheinlich nicht mehr nach Berlin zurückkehren. Er hatte eben vor seiner Abreise sein Haus hier eingerichtet und erwartete mit jedem Tage seine Familie. (B. Z.)

Die Wichtigkeit der Unterhandlungen, wegen welcher Herr v. Rochow hierher berufen worden, hat es demselben unmöglich gemacht, seinen Aufenthalt in Petersburg wegen der gestern mitgetheilten Einladung zu verlängern. Herr v. Rochow, obwohl schon in Petersburg kränklich, ist gestern hier eingetroffen.

Der geheime Finanzrath Delbrück ist aus Kassel hier eingetroffen. Derselbe wird nicht, wie das Gerücht geht, nach Wien, wohl aber nach Dresden gehen.

Die der A. Z. aus Wien zugegangene Mittheilung, betreffend die Versetzung des österreichischen Gesandten vom hiesigen Hofe als Internuntius nach Konstantinopel, entbehrt zur Zeit jeder Begründung.

Nach den Glückwünschen, welche gestern sowohl beim Diner im Handelsministerium als bei der Soiree des Grafen v. Arnim dem Regierungs-Vicepräsidenten von Manteuffel abgestattet wurden, ist derselbe zum Regierungs-Chefpräsidenten in Frankfurt ernannt. (N. P. Z.)

[Die Kommission der zweiten Kammer für das Justizwesen] hat ihren Bericht über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **Fälle der Verantwortlichkeit, in welchen Minister durch die Kammern angeklagt werden können, das dabei zu beobachtende Verfahren und die zur Anwendung kommenden Strafen erstattet.** Wir entnehmen dem Berichte Folgendes:

Es sind die Grenzen gezogen, innerhalb deren sich das vorbehaltene, den Gegenstand dieses Berichts ausmachende Gesetz zu halten hat: Grenzen, welche die Ueberschrift des Gesetz-Entwurfs dem Artikel 61 entsprechend angiebt. Während die Kommission diese Grenzen anerkennt, hat sie doch nicht umhin gekonnt, ihrer Prüfung des vorgelegten Entwurfs eine allgemeine Betrachtung der Sache zum Grunde zu legen, die ihr bei der Beurtheilung der einzelnen Bestimmungen den Maßstab für deren Angemessenheit abgegeben hat. Das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung bei der Gesetzgebung, Artikel 62 der Verfassung, würde keinen Werth haben, wenn die vereinbarten Gesetze nicht auch angewendet und in Ausführung gebracht werden müßten. Die richterliche Gewalt kann dies nicht erzwingen, sie endet mit dem Urtheil oder Befehl. Nur die Regierung hat dazu ebenso das Recht, wie die Pflicht und die Mittel. In der Beamten-Hierarchie sind die Minister die höchsten Spitzen. Ihre Pflicht ist es, die Verfassung selbst zu befolgen, die verfassungsmäßige Anwendung der Gesetze durch ihre Untergebenen zu überwachen. Verfehlen sie diese Pflicht oder handeln sie ihr positiv entgegen, dann muß eine Gewalt da sein, die sie ihrer Stellung nach zur Verantwortung ziehen kann. Eine solche ist die Volksvertretung. Nach Art. 44 der Verfassung ist der Minister für jeden von ihm gegengezeichneten Regierungsakt, er betreffe die inneren Angelegenheiten oder die auswärtige Politik, verantwortlich. Unter seiner Verantwortlichkeit steht die Leitung der Staatsangelegenheiten nach allen Seiten hin; das Gebiet also, auf dem er dieses Spezial-Strafgesetz übertreten kann, ist nicht begränzt. Seine Pflicht ist gewissenhafte und treue Wahrnehmung der Staats-Interessen. Das zur Berathung vorliegende Gesetz, welches die Sätze der Artikel 44 und 62 der Verfassung zu einer praktischen Wahrheit machen soll, muß also: 1) die Fälle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit so bezeichnen, daß damit der Minister betroffen wird, welcher den erwähnten Pflichten nicht nachkommt; es muß 2) das Verfahren so ordnen, daß die Volksvertretung an einer kräftigen Verfolgung nicht behindert und der Gerichtshof in die Lage versetzt wird, ein gerichtliches Urtheil fällen zu können. Aber auch das ist nicht zu verkennen, daß wenn der beklagenswerthe Konflikt zwischen der Volksvertretung und Regierung so weit gediehen ist, daß zu einer Minister-Anklage geschritten wird, in dem Verfahren Garantien dafür nicht entbehrt werden können, daß mit Besonnenheit gehandelt und die Lösung sobald als möglich herbeigeführt wird. Der Artikel 61 giebt der Kammer nur das Recht zur Anklage wegen kriminalrechtlich strafbarer Handlungen. Von dieser allgemeinen Begriffsbestimmung kann nicht abgewichen, sie darf nicht erweitert werden. Da aber das vorliegende Gesetz ein Spezial-Gesetz ist, das die besondere Stellung eines Ministers zu seiner Voraussetzung hat, so rechtfertigen sich dadurch Ausnahmen von dem Allgemeinen Strafgesetzbuch, die darauf beruhen. Wo das Spezial-Gesetz aber solche Ausnahmen nicht enthält, müssen die allgemeinen Grundsätze des positiven Strafrechts ebenso wie die Wahrheiten der Strafrechtswissenschaft ihre volle Anwendung finden, beispielsweise die Bestimmungen über Versuch, über die Theilnahme an einer strafbaren Handlung, über die Zurechnung. Indem die Kommission diese Beziehung zum Allgemeinen Strafrecht als unzweifelhafte Voraussetzung betrachtete, lag es sehr nahe, den gegenwärtigen Stand unserer Strafrechts-Gesetzgebung näher ins Auge zu fassen. Der Entwurf eines Allgemeinen Strafgesetzbuches ist der zweiten Kammer vorgelegt, die Vorlegung des Entwurfs einer Allgemeinen Strafprozeß-Ordnung ist von dem Kommissar der Regierung in nahe Aussicht gestellt worden. Es entsteht hieraus eine eigenthümliche Schwierigkeit bei der Berathung eines Spezial-Strafgesetzes. Man sieht voraus, daß das jetzige positive Recht aufhören wird zu gelten; was an seine Stelle treten wird, ist ungewiß, selbst der Entwurf und die weiter vorschreitenden Beschlüsse einer Kommission oder einer Kammer gewähren dafür keine Bürgschaft. Abzuwarten bis die neuen allgemeinen Gesetze vollendet sein werden, kann man unmöglich vorschlagen, wenn man den Zustand — und es ist der jetzige — als einen ungenügenden anerkennen muß, indem die Verantwortlichkeit der Minister wiederholt und insbesondere bei jeder Emanation einer vorläufigen Verordnung in den Vordergrund gestellt wird, ohne daß sie eine reele Bedeutung hat. Die Kommission hat geglaubt, sich ohne das Detail der neuen strafrechtlichen Bestimmungen voraus zu wissen, doch mit der Ueberzeugung begnügen zu können, daß unter allen Umständen das materielle Strafrecht in seinem allgemeinen Theile — und auf diesen kommt es doch nur an — keine den Anforde-

rungen der Wissenschaft und des Rechtsbewußtseins im Volke so zuwiderlaufende Bestimmungen enthalten werde, daß es irgend nothwendig erscheinen könne, in diesem Spezialgesetz Spezialbestimmungen zu treffen. Die Kommission betrachtet ferner den früher lange geübten Widerstand gegen mündliches öffentliches Strafverfahren als überwunden und sieht daher auch in der Ungewißheit über die Detailbestimmungen der Strafprozeßordnung kein Hinderniß, dies Spezialgesetz definitiv abzuschließen, es wird nur der vorgeschlagenen Uebergangsbestimmung bedürfen. Gegenstand einer näheren Berathung ist ferner die Frage gewesen: ob blos Amts- oder Privat-Handlungen eines Ministers Gegenstand einer Verfolgung durch die Kammern sein sollen? Es war für die erste Alternative angeführt, daß nach allgemeinen Grundsätzen die Kompetenz eines Spezial-Gerichts eines Ausnahmeverfahrens nicht über das unabweisliche Bedürfniß ausgedehnt werden dürfe, daß zwar allerdings ein Widerspruch mit dem Gedanken eines konstitutionellen Staats-Ministeriums darin liegen würde, wenn der Justizminister einen seiner Kollegen durch die Staats-Anwaltschaft wegen Amtshandlungen, nicht aber wenn er ihn wegen Privathandlungen verfolgen lasse. Die Verletzung der Verfassung und die verhinderte Anwendung der Gesetze, um deren Sicherung es sich doch ganz vorzüglich handle, werde aber eben nur durch Amtshandlungen veranlaßt. Die Kommission hat jedoch einstimmig beschlossen, daß zwischen Amts- und Privathandlungen keine Unterscheidung zu treffen sei. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend trägt die Kommission im Allgemeinen darauf an: dem vorgelegten Gesetz-Entwurf mit einigen nicht erheblichen Abänderungen die Zustimmung zu ertheilen. (C. B.)

[Schutz des literarischen Eigenthums.] Wie wir vernehmen, wird eine von vielen Seiten gewünschte Modifikation des Gesetzes vom 11. Juni 1837 zum Schutze des Eigenthums an wissenschaftlichen und Kunstwerken gegenwärtig vorbereitet. Es sind zu diesem Behufe von Seiten des Ministeriums für die geistlichen Angelegenheiten Gutachten der hiesigen artistischen, literarischen und musikalischen Sachverständigen-Vereine eingeholt worden, welche zunächst an eine aus Mitgliedern der betheiligten Ministerien zusammengesetzte Kommission gelangen werden. Diese hat den Auftrag, den dem Staats-Ministerium und weiter den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Sie wird namentlich auch die Frage nach dem Schutze von Werken der dramatischen Kunst gegen Aufführungen ohne Erlaubniß des Autors und der Erben desselben in nähere Erwägung nehmen.

Am 26. d. M. kamen hier 218 Personen an und reisten 174 ab. (C. C.)

Bromberg, 25. Januar. [Noch Einiges aus dem Tscherkessen-Prozeß.] Bei der mündlichen Verhandlung erklärten die Tscherkessen, sie hätten die Aufforderung, die Waffen abzuliefern, nicht verstanden, aus dem Benehmen des Rittmeisters aber hätten sie vermuthet, daß man sie zwingen wolle, in den Kasernenhof einzurücken, um sie zu entwaffnen. Von den Dragonern angegriffen, hätten sie ohne Kommando ihre Flinten vom Rücken genommen, den Hahn aber nicht gespannt. Den Ruf: „Halt" hätten sie ebenfalls nicht vernommen. Sie stellten in Abrede, irgend einen vom preußischen Militär getödtet zu haben. Bakmirsa Nafanof habe sie sogar ausdrücklich aufgefordert, Niemand zu tödten. Eine Verabredung zum thatsächlichen Widerstande wäre zwischen ihnen nicht vorgekommen, wohl aber hätten sie bei der Flucht aus ihrer Garnison sich gegenseitigen Beistand gelobt. — Die Zeugen bestätigen im Wesentlichen die in der Anklage enthaltenen Thatsachen. Der Landrath v. Fernow gab an, daß er nicht wisse, ob die Tscherkessen die an sie gerichtete Aufforderung, die Waffen abzulegen, verstanden hätten. Der Dolmetscher Marczynski wollte das Verständniß behaupten. — Nach der Zeugenvernehmung wurden zwei Schriftstücke verlesen, das eine vom Grafen Münster, Adjutanten unseres Königs, worin er die Tscherkessen halbwilde Soldaten nennt und ihr Verhalten aus der Unbekanntschaft mit unseren Sitten und Gesetzen und ihren religiösen Vorurtheilen erklärt. — Ebenso wurde ein Schreiben des Kreisgerichts-Direktors zu Inowraclaw, Stöphasius, verlesen, worin angegeben war, daß das Kreisgericht sich an den Prinzen von Preußen gewendet, und ihn um Fürsprache für die Tscherkessen bei dem Kaiser von Rußland gebeten habe. — Der Ober-Staatsanwalt bemerkte bei der Begründung der Anklage, daß die Angeklagten zwar unser Mitleid in Anspruch nähmen, dies Gefühl aber der Geltung des Gesetzes nicht entgegentreten dürfe. Sie hätten sich der angegebenen Verbrechen in der That schuldig gemacht. Das Verfahren der Behörden sei gesetzlich gewesen. Nach der Cartel-Convention vom 20. Mai 1844 mußten sie die Flüchtlinge anhalten, entwaffnen und zurücktransportiren lassen. Die Anwendung der Waffen-Gewalt sei daher begründet gewesen. Ob die Tödtungen von den anwesenden Angeklagten verübt worden sind, steht allerdings nicht fest, doch hatten sie die Verübung derselben erleichtert. Aus diesem Grunde sei auch eine Verabredung unter ihnen zu dem thatsächlichen Widerstande gegen die bewaffnete Macht anzunehmen. (Wochenbl.)

Duisburg, 25. Januar. [Militärisches.] In zuverlässiger Weise kann ich Ihnen mittheilen, daß die mobilen Truppentheile des 7ten Armee-Corps aus Westfalen herausgezogen und in der Umgegend von Düsseldorf konzentrirt werden. Auf geschehene Anfrage von Seiten der Behörden, ob nunmehr bei der eingetretenen Demobilisirung der Landwehr mit den Natural-Lieferungen innegehalten werden solle, ist die Antwort ertheilt worden, in entschiedener Weise damit fortzufahren. Auch der hier garnisonirenden Ersatz-Schwadron sind Behufs der Anfertigung von Montirungsstücken für das 16te und 17te Landwehr-Ulanen-Regiment 28 Schneider überwiesen worden. (Köln. Ztg.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Der Allgemeinen Zeitung wird folgendes Nähere über die Plenarsitzung vom 14. Januar geschrieben: Endlich ist die Erklärung von Oesterreich und Preußen erfolgt, daß beide Großmächte mit ihrem gesammten Gebiete dem deutschen Bunde beizutreten beabsichtigen. Es geschah dies bei der Verhandlung über die zukünftige Gestaltung des Kriegs- und Friedensrechts, wo in überraschender Weise beide Großmächte den Dualismus in der Verfassung Deutschlands einzuführen trachteten und zugleich bei diesen Forderungen (namentlich schritt Oesterreich mit dieser Forderung voran als geharnischter Vorkämpfer) alle Hoffnungen auf eine auch nur einigermaßen volksthümliche Gestaltung des zukünftigen Bundes abschnitten. Diese Sitzung vom 14. Januar wird in der deutschen Geschichte Epoche machen. Nehmen Sie das Folgende ad acta, damit es dereinst wieder — zu seiner Zeit abgedruckt werden könne, wenn man wieder an Erfüllen der Versprechungen denken muß, die 1848 bereitwillig gemacht wurden. Schon seit einigen Tagen murmelte man so etwas in den konservativen Kreisen hiesigen Hofes, daß man „im Mittelpunkt der Macht" die Ansicht habe, man müsse die glückliche Zusammenkunft der Dresdener Bevollmächtigten zur Rückkehr in die vormärzlichen Prinzipien benutzen und den deutschen Verfassungen einen Zaum anlegen, der das bald scheue, bald über alle Schranken setzende Roß des Konstitutionalismus in den geregelten Schritt der Metternich'schen Schule zurückführe. Sie wissen, daß ich an derlei Gerüchte und Befürchtungen niemals früher geglaubt habe. Sie haben von mir viele Proben, daß ich zu den entschiedensten Vertheidigern des Eintritts von Gesammtösterreich in den deutschen Bund gehörte, daß ich immer nur in der engsten Verbindung des reichen und gewaltigen Oesterreich mit Deutschland das Interesse Oesterreichs wie Deutschlands gewahrt sah. Ich wurde in diesem Glauben nicht einmal erschüttert, als ich über den hannoverschen Ministerpräsidenten vernahm, daß derselbe in voller Hoffnungslosigkeit auf irgendwelche gute Früchte der Dresdener Konferenzen, die man bei dem Widerstande der ersten deutschen Großmacht gegen alle liberalen Ideen der Neuzeit nicht mehr erwarten dürfe, abgereist sei. Seitdem ist es klar geworden, was man in Dresden beabsichtigt, und wie Preußen, schwach wie immer, keine wahrhaft deutsche Politik zu vertreten wagt. Ich lasse dahingestellt, ob in dem engen Zusammenstehen der Mittel- und kleinen Staaten jetzt noch einige Hoffnung für eine föderative Milderung jener Ansichten über den künftigen Bund liege. Registriren Sie also, was geschehen ist. Oesterreich und Preußen haben in derselben Sitzung, wo sie den Gesammteintritt ihrer Staaten, d. h. die Garantie für ihr ganzes Gebiet vom deutschen Bunde vorschlugen, verlangt, wenn die Vollzugsbehörde durch Mehrheit beschließe, den Antrag auf Kriegserklärung an das Plenum zu bringen, so dürfe dieses keinen der vereinten Ansicht von Oesterreich und Preußen entgegengesetzten Beschluß fassen. Das heißt mit andern Worten, in der wichtigsten Frage der äußern Politik, der Kriegs- und Friedensfrage — denn die letztere steht in unmittelbarem Zusammenhange mit der erstern — entscheidet künftig der Dualismus der Großmächte. Mag die Majorität in der Exekutive auch noch so begründet sein für den Krieg, mag man z. B. eine Abwehr eines fremden Staates durchzusetzen haben, der andere als preußische Theile des linken Rheinufers besetzt hält, so sind Oesterreich und Preußen doch nicht verpflichtet, für sie einzustehen; wird dagegen ein Angriff auf irgend einen Theil der Ländermassen Oesterreichs und Preußens gerichtet, so haben sie die vollständige Garantie ihrer Besitzungen und können alle andern Staaten (im Plenum) verpflichten, ihnen beizustimmen. Oder formell ausgedrückt: in der Exekutive entscheidet allein eine Majorität, in welcher Oesterreich und Preußen mitbegriffen sind, in dem Staatenplenum kann die Majorität von allen andern Stimmen (60) nichts gegen die 20 der Großmächte entscheiden. Oesterreich beabsichtigt offenbar mit einem solchen Vorschlag, die eventuelle Opposition aller kleineren Staaten gegen einen Krieg und damit gegen seine äußere Politik unwirksam zu machen, es ist insoweit konsequent, als es den Ausschluß der kleineren Staaten aus der Exekutive von Anfang an wollte; es ist aber inkonsequent, insoweit als es auch den mächtigeren Mittelstaaten den Einfluß auf die deutsche Politik zu nehmen versucht. Preußen, das die kleinen Staaten vertrat, und ihre drei Stimmen in der Exekutive durchsetzte, ist es doch sehr zufrieden, sich selbst auf diese Weise ein exklusives Kriegsrecht zu retten. Daß nur darauf die beiden Großmächte lossteuern würden, war vorherzusehen. Es ist auch wohl keinem Verständigem unerwartet gekommen, daß beide Staaten, Oesterreich und Preußen, danach streben würden, sich ein eigenes Kriegs- und Friedensrecht als europäische Mächte zu sichern. Dies konnte man ihnen nicht verweigern, aber jede Selbstständigkeit der andern Mächte zu annulliren, ein solcher Vorschlag wird wohl von den Mittelstaaten abgelehnt werden. Bei alledem würden wir aber diese Sache nicht für so bedenklich halten, wenn sich nicht in derselben Sitzung herausgestellt hätte, daß Oesterreich gar nicht gewillt sei, irgendwie anderweitige Opfer in der Gesetzgebung zu bringen. Denn als nun von Sachsen, Hannover und Baiern auf die Nothwendigkeit irgend einer Volksvertretung am Bunde aufmerksam gemacht wurde, erklärte der österreichische Bevollmächtigte, trotz aller Begrenzungen und Einschränkungen, welche von Sachsen zur Behauptung des Prinzips zugegeben wurden, daß er jede Art von Volksvertretung am Bunde für höchst bedenklich und gefährlich erachte, worauf der preußische noch hinzufügte, daß nach der eben vernommenen Erklärung jede Erörterung darüber als überflüssig erscheine. Wir enthalten uns ebenfalls aller weitern Erörterungen, wenn aber Oesterreich meint, daß es die Zollvereinigung mit Deutschland, die Garantie seiner sämmtlichen Besitzungen durch Deutschland, die Vermehrung seiner Stimmen in der Exekutive und im Plenum erhalten könne, ohne weder den andern Staaten noch dem deutschen Volk irgend eine Konzession zu machen und eine Bürgschaft für die Zukunft zu geben, wenn es endlich die Hoffnung hegt, die Centralgewalten nur mächtiger zu machen, um seine Sicherheit und seine Staatsprinzipien darauf noch sicherer aufzubauen, so genügt dazu vollkommen der bisherige deutsche Bund. Ja er hat nicht einmal so viel Mittel der Herrschaft gehabt, als die jetzt vorgeschlagene Form der Bundesverfassung, weder gegen die Staaten, noch gegen das Volk. Möchte man in Wien erkennen, was das bleibende Interesse Oesterreichs in Deutschland fordert — wir wünschen nichts Anderes.

Frankfurt, 26. Jan. [Ueber die Reise des kaiserl. österr. Hofrathes Nell v. Nellenburg] nach Dresden ist bereits von dorther manches Zutreffende berichtet worden; jetzt, wo sich derselbe wieder hier befindet, sind wir im Stande, mehr über seine bedeutungsvolle Anwesenheit am Orte der Konferenzen zu sagen. Hofrath Nell wurde als umsichtiger Vorstand des Bundes-Kassenwesens nach Dresden berufen, um über die gegenwärtige Beschaffenheit desselben Auskunft zu ertheilen, gleichzeitig aber auch um Vorschläge für die Unterhaltung einer stets mobilen Armee von mindestens 100,000 Mann aus Bundes-Fonds zu machen. Was Herr v. Nell in letzterer Beziehung proponirt hat, muß in hohem Grade beifällig aufgenommen sein, denn noch während seiner Anwesenheit in Dresden wurden, sicherem Vernehmen nach, sogleich die nöthigen Anordnungen zur beschleunigten Aufstellung einer Armee von der bezeichneten Stärke getroffen. Es scheint, daß die Bundes-Festungskasse zunächst für dieses neue Institut in Anspruch genommen werden soll, da die Kontingente der mobilen Exekutions-Armee hauptsächlich in die Bundes-Festungen verlegt werden. — Auch hier spricht man jetzt mit größter Bestimmtheit von baldiger Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt, die nur in Gemeinschaft beider Großmächte ausgeübt werden soll. Das Projekt von Dresden gilt in wohlunterrichteten Kreisen für gänzlich gescheitert, worüber bei allen, die nicht selbstsüchtige Zwecke verfolgen, volle Zufriedenheit herrscht. (Const. Z.)

Man schreibt der „Nordd. Ztg." aus Frankfurt, 25. Jan.: Sicherem Vernehmen nach soll neben der Bundes-Central-Exekutivgewalt auch noch eine derselben beigeordnete oberste Bundes-Militärbehörde errichtet werden, deren Chef mit der Würde eines Bundes-Oberfeldherrn bekleidet werden soll. Man bezeichnet sogar schon für diese hohe Stellung einen königlichen Prinzen, der von einem Kriegsrath umgeben, allem Vermuthen nach sein Hauptquartier in Frankfurt aufschlagen würde. — Heinrich v. Gagern, auf der Rückreise von Schleswig-Holstein nach seinem Gute Monsheim in Rheinhessen begriffen, war gestern in unserer Stadt. Er ist Willens, der Politik für den Rest seines Lebens zu entsagen und sich dem Betriebe der Landwirthschaft und der Sorge für seine Familie ausschließlich zu widmen.

München, 24. Jan. [Tagesneuigkeiten.] Unsere „großmächtigen" Bestrebungen werden um so eifriger fortgesetzt, je leichter und glücklicher die „großdeutschen" zum Ziele gelangt sind. Wir rüsten nach den hessischen Lorbeeren zum Kriege gegen die Schweiz. Gebirgsbatterien werden mit großem Eifer errichtet und in Stand gesetzt. Möge der Bundesrath Acht haben! Aber das Organ des Herrn v. d. Pfordten bekämpft nicht blos das Asylrecht der Schweizer Kantone, sondern auch das Asylrecht Englands. Möge Lord Palmerston sich wahren! Einen Angriff der „deutschen Flotte" wird England indeß nicht zu befürchten haben. Ich kann auf das Bestimmteste versichern, daß der Restaurator Hassenpflugs eine Instruktion nach Dresden ertheilt hat, deren wesentlicher Inhalt lautet: „Baiern beantragt den Verkauf der deutschen Kriegsfahrzeuge." (Const. Z.)

Das Regierungsblatt vom heutigen enthält eine allerhöchste Entschließung, die Auflösung der noch bestehenden Landwehr-Frei-Corps, mit Ausnahme der Gebirgsschützen-Kompagnien in Oberbaiern, und des Freicorps zu Berchtesgaden betreffend.

Stuttgart, 24. Jan. So eben erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der Vertrag endlich abgeschlossen ist, dem zufolge unser Postwesen aus den Händen des Fürsten Thurn und Taxis in das Eigenthum des Staats übergeht. Die Kaufsumme beträgt 1,300,000 Gulden.

** **Kassel,** 27. Januar. [Tagesbericht.] Die von uns neulich mitgetheilte Nachricht, daß die Kompetenz des permanenten Kriegsgerichts eine Beschränkung erlitten habe, soll durch die preußische Regierung in Berlin herbeigeführt worden sein. Wir wissen aus guter Quelle, daß, als der Premierminister Manteuffel die Einsetzung des Kriegsgerichts und seine alles umfassende Kompetenz vernahm, derselbe sogleich mit der österreichischen Regierung in Unterhandlung trat und die Aufhebung resp. Beschränkung desselben verlangte; worauf denn die letztere erfolgt sein soll. Eine Wirkung davon verspürt man freilich noch nirgends, so sind z. B. die inhaftirten Henkel und Hornstein noch immer in Haft. — Sonst herrscht hier tiefe Stille. Nicht einmal die gewöhnlichen Wintervergnügen finden statt. Den Leuten vergeht alle Lust dazu. — Graf Moritz von Schaumburg, Sohn des Kurfürsten, hat sich dem Militärstande gewidmet und ist als Sekondelieutenant in die Garde du Korps getreten.

Hannover, 27. Januar. [Verschiedenes.] Die Abreise des General-Steuerdirektors Klenze nach Dresden hat wiederum einen kurzen Aufschub erhalten. Sie wird jedoch in diesen Tagen erfolgen. Die Nachricht der „Hannoverschen Presse", daß Herr Klenze als „Assistent des Herrn v. Scheele nach Dresden gehe" ist eine falsche. Seine Thätigkeit wird sich lediglich auf Handels- und Zoll-Angelegenheiten beschränken. — Wie wir hören, ist auf der Station Bienenbüttel (etwa 2 Stunden diesseits Lüneburg) vorgestern ein Eisenbahn-Unglück passirt, indem ein österreichischer Soldat unter die Räder gerieth. Einige Wagen kamen von den Schienen, wodurch jedoch, da der Zug erst eben im Abfahren begriffen war, kein weiteres Unglück, als der Tod des unglücklichen Oesterreichers, herbeigeführt wurde. (Ns. Z.)

Göttingen, 23. Jan. [Der Durchmarsch] der Oesterreicher durch unsere Stadt ist nicht ohne alle Störungen vorübergegangen. Vorigen Sonntag, als die ersten Truppen ankamen, standen einige Studenten am Thor den Einzug zu sehen. Unter ihnen ein Theologe, die Cigarre rauchend. Eben als ein Offizier vorüberreitet, speit er vor sich hin. Der Kaisers-Lieutenant wendet sein Roß und reitet mit der blanken Klinge in der Hand auf den Gottesgelehrten ein. Dann ruft er mit lautem Toben seiner Mannschaft zu, den Studenten zu verhaften. Acht Mann treten vor. Der Student weigert sich: „auch hannoversche Offiziere seien nicht berechtigt, ihn zu verhaften", und schnell sammelt sich ein Volkshaufe zum Schutze um den Bedrohten. Die Polizei trat glücklicher Weise dazwischen und bald eilte auch der Prorektor Briegleb herbei, die Rechte der Akademie zu wahren. Der Student hatte Tags darauf Termin vor dem Universitätsgericht, in Folge dessen der Senat Beschluß gefaßt haben soll, eine Untersuchung gegen den Offizier bei seiner vorgesetzten Militärbehörde zu beantragen. — Die Soldaten haben sich sonst in den Quartieren gut betragen. Ihre Stimmung ist keine freudige. Sie erzählten, daß der Zug nicht gegen die Schleswig-Holsteiner, sondern gegen die Preußen ginge. Unter den Truppen befinden sich als Gemeine ein Esterhazy, ein Batthyani und andere degradirte ungarische Offiziere. Diesen soll bei strenger Strafe verboten gewesen sein, mit Studenten Gespräche anzuknüpfen. (Const. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Mölln, 27. Januar. [Oesterreicher.] Gestern sind die letzten bis Lüneburg auf der Eisenbahn beförderten österreichischen Truppen über die Elbe gekommen. Sämmtliche Truppen haben vorläufig Quartiere im Lauenburgischen bezogen, und zwar steht die Avant-Brigade unter General Zobel in Mölln, Nusse und im Steinhorster Amte bis hart an der holsteinischen Grenze. Die zweite Brigade unter General Signorini in Schwarzenbeck und den umliegenden Ortschaften bis dicht vor Bergedorf. Die dritte Brigade unter General Martini, welche in Ratzeburg und Umgegend stand, marschirt heute nach Lübeck; die vierte Brigade unter General Görger in Büchen und Umgegend, welche vermuthlich wieder nach Ratzeburg verlegt wird. Die Kavallerie-Brigade unter General Blomberg, welche morgen die Elbe passiren wird, nimmt, wie es bestimmt heißt, Quartier im Mecklenburgischen, etwa zwischen Boitzenburg und Schwerin. Der Kommandeur der ersten Division, Feldmarschall-Lieutenant Theiner, befindet sich in Schwarzenbeck. Der der zweiten Division, Erzherzog Leopold geht heute nach Ratzeburg. Das Hauptquartier des Feldmarschall-Lieutenants Legeditsch wird heute nach Lauenburg verlegt. Ob nun dieses Armeekorps noch längere Zeit in dieser Stellung verbleiben, oder ein Theil desselben nach Hamburg verlegt, oder binnen Kurzem, was uns sehr wahrscheinlich zu sein scheint, die holsteinische Grenze überschreiten wird, haben wir zur Stunde nicht erfahren können. (H. C.)

Ratzeburg, 27. Januar. Gestern, am Sonntag-Morgen, gegen 9 Uhr, wurde hier zuerst auf öffentlichem Markte Messe gelesen, nachdem zuvor ein Zelt aufgeschlagen worden war, welches nach beendigter Feierlichkeit abgebrochen wurde. Die hier liegenden 7—800 Mann des italienischen Regiments Erzherzog Albrecht hatten ein Carree geschlossen, in dessen Mitte der Priester — an seiner Seite stand ein Mann mit einem Wachslichte — die Messe las und das Venerabile den davor knieenden Kriegern zeigte. Einem Choral des Musikchors folgte eine kurze Predigt, alsdann die Messe; zuletzt das Kaiserlied: „Gott erhalte unsern Kaiser!" — Man sagt, daß gegenwärtig 31,000 Oesterreicher im Lande sind. Es ist dieses nicht unwahrscheinlich, weil auf dem platten Lande Alles voll davon ist. Einzelne Gutspächter, welche freilich noch am leichtesten die Einquartierungslasten tragen können, haben über 40 Mann im Quartier. In Mölln sind vom Regiment Wellington gegen 800 Mann. Dort sind ihnen die Wachthäuser beider Thore eingeräumt; — eins hätten doch wohl die Lauenburger für sich behalten können — während die dortige Kompagnie der Jäger ein Wachtlokal in einem Privathause auf dem Markte eingerichtet hat. Die hiesigen zwei Kompagnien sind noch im Besitze der Wache an dem Markte, eine andere giebt es nicht. Uebrigens verträgt sich unser Militär mit dem österreichischen sehr gut; besonders zeigt sich dies bei dem deutschen Regiment Wellington, während den Italienern durch Unkenntniß der deutschen Sprache die Annäherung erschwert wird. Nur einige Offiziere sind der deutschen Sprache mächtig, doch können einzelne Gemeine sich nothdürftig verständigen. — Im Regimente Wellington, welches aus Deutsch-Böhmen, vornehmlich Anwohnern der Elbe, besteht, befinden sich einzelne Assentirte, namentlich in Mölln, ein Böhme und ein Ungar, ehemalige Offiziere des ungarischen Heeres, der eine ehemals Oberstlieutenant, jetzt, wie der andere, ein Gemeiner. — Lübeck soll in den nächsten Tagen noch einige Tausend Mann haben; man vermuthet, daß das hiesige Regiment Erzherzog Albrecht dahin kommt, welches wir gern hier behielten, wenn doch einmal eine Besatzung nicht zu vermeiden ist. Vielleicht aber sind preußische Truppen für Lübeck bestimmt. Wenigstens verlautet, daß solche allernächstens nach oder durch Lauenburg kommen. (H. C.)

Rendsburg, 26. Jan. Am gestrigen Tage sollen zwei dänische Bataillone von Schleswig aus nach dem Norden zurückgezogen worden sein; wie auch auf der Linie nach Rendsburg nichts für ein Vorgehen ihrerseits spricht, da sie nach wie vor ihre alte Stellung behaupten, und nur Sorgbrück mit einem unbedeutenden Detachement besetzt haben. Allerdings haben aber am 22. d. M. dänische Ingenieure unsere Sorgbefestigung aufgenommen. — Gestern Abend kamen hier 80 entlassene Schleswiger an, um fort in die Heimath geschickt zu werden. Dieselben weigerten sich, in Voraussicht der ihnen dort unter dem dänischen Regiment bevorstehenden Behandlung, von hier fortzugehen, und erklärten hier bleiben zu wollen. Durch Ueberredung wurden sie endlich von ihrem Vorhaben abgebracht und machten sich traurigen Sinnes auf den Weg. — Durch die Reduktion des Heeres sind alle Schleswiger, welche nicht in Holstein ansässig geworden, oder ihre Angehörigen hier haben, genöthigt, in die Heimath zurückzukehren. (B. H.)

Oesterreich.

* **Wien,** 27. Januar. Dr. Ritter v. Seiller wurde gestern mit weniger Stimmen-Majorität gegen Dr. Zelinka zum Bürgermeister der Residenz erwählt.

Graf Zichy, der ehemalige Gouverneur von Venedig, zum schweren Kerker verurtheilt, wurde von Sr. Maj. dem Kaiser begnadigt.

In Zara soll eine Rechts-Akademie begründet werden.

Gegen den neuen Zolltarifs-Entwurf sind korporative Reklamationen im Zuge. Von Seite der Leingarn-Fabrikation Nordböhmens, wie jener der Wiener Drucker und Weber und der Wiener Goldwaaren-Erzeuger, namentlich in Ansehung eines nicht ausreichenden wirklichen Schutzzolles für die inländische Arbeit. Hingegen vernehmen wir, daß die böhmische Glasfabrikation aus Besorgniß unliebsamer Repressalien von Seite fremdländischer Regierungen den beantragten Zoll lieber noch erniedrigt sähe.

Frankreich.

✕ **Paris,** 26. Jan. [Tagesbericht.] Die Situation ist hundertmal prekärer als je. Es ist ein Zustand, der sich jeder Definition entzieht. Die Gesellschaft weiß nicht, wie sie geht, wie sie lebt und nur des Einen ist sie gewiß, daß sie kein wahrhaftes Gouvernement besitzt. Niemals ist die allgemeine Ohnmacht, welche die französische Politik seit 1848 charakterisirt, so auffallend hervorgetreten, wie jetzt durch die Wahl der neuen Minister. Die französische Nation besitzt eine große Anzahl eminenter Staatsmänner, anerkannter Capacitäten und doch ist man dahin gelangt, daß nach 8 Tagen von Unterhandlungen der Präsident der Republik nur 3 bis 4 Abtheilungschefs hat auffinden können, um Frankreich zu verwalten, einen fast unbekannten General, um die Armee zu dirigiren, und einen Direktor des Rechnungswesens für die auswärtigen Angelegenheiten. Der Präsident, der natürlich noch wenig an die Gebräuche des repräsentativen Gouvernements gewöhnt ist, hat wahrscheinlich nach einigen Versuchen geglaubt, genug gethan zu haben, um ein Kabinet aus der Majorität zu nehmen. Die morgende Diskussion wird darüber Aufschluß geben. Die Vermuthungen über das Resultat dieser Debatte sind dunkel, ungewiß, hypothetisch. Daß der Kampf sehr lebhaft sein wird, unterliegt keinem Zweifel. Man darf nur die Organe der verschiedenen Fraktionen lesen, welche die National-Versammlung ausmachen, um die ungewöhnliche Erregtheit zu begreifen, in welche die Gemüther versetzt sind. Kaum, daß sich einzelne Stimmen vernehmen lassen, um diese Gährung zu beruhigen und man muß zugeben, daß diesmal ausnahmsweise die elyseeischen Journale die meiste Mäßigung zeigen. Die Organe der ehemaligen parlamentarischen Chefs, derjenigen, die mit dem Namen „Burggrafen" bezeichnet werden, führen eine fulminante Sprache, und ihre Patrone, wie die Herren Thiers und Berryer, sollen sich unter den Erregtesten noch besonders hervorthun.

Man wird also mit außerordentlicher Heftigkeit streiten, obwohl die Herren Odilon Barrot und L. Faucher, welche über die zur Bildung eines Kabinets mit dem Präsidenten gepflogenen Unterhandlungen Aufklärung geben werden, versöhnliche Intentionen haben sollen, der letztere namentlich, der lebhafte Sympathien für das Elysee hat. Die neuen Minister ihrerseits werden sich, wie es heißt, auf einige im Conseil beschlossene Phrasen beschränken. Aber mit Ausnahme der Minister und der Herren Barrot und Faucher scheinen alle Uebrigen geneigt, das Feuer anzufachen.

Das Resultat der Diskussion bleibt bei alledem doch äußerst zweifelhaft. Das Votum hängt von der Linken ab, die noch zu keinem Entschlusse zu kommen ist, und die gar nicht geneigt scheint die Tagesordnung des tiers-parti zu votiren, die sich darauf beschränkt, dem Präsidenten die Unterstützung der Versammlung anzubieten, damit er ein parlamentarisches Kabinet bilde. Man begreift leicht, daß ein solcher Antrag die Zustimmung der Chefs der alten Majorität erlangen, aber nur wenig der Linken zusagen kann, welche die Zurücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai als Preis ihrer Unterstützung bedingen zu wollen scheint.

Sie ist aber ungewiß, und es könnte wohl kommen, daß der von den Chefs der alten Majorität unternommene Feldzug schwach oder gar lächerlich zu Ende gehe.

Wie groß die Konfusion ist, ersieht man am besten aus den Anklagen, mit denen sich die Parteien gegenseitig überschütten. Die Einen legen die Schwierigkeiten des Augenblicks ausschließlich der Nationalversammlung bei, die Andern ausschließlich dem Präsidenten der Republik, noch Andere endlich — und diese mögen am meisten im Rechte sein — aller Welt, dem Präsidenten, der Versammlung und der Constitution; denn der Präsident sei ehrgeizig, die Versammlung unklar und die Constitution mangelhaft.

In dieser Lage haben alle Parteien ihr Augenmerk auf Changarnier gerichtet, und er erhält in diesem Augenblicke Avancen aus einem Lager selbst, in dem er bisher nur Gegner anzutreffen gewohnt war. Man ist indeß überzeugt, daß der General nur in der äußersten Nothwendigkeit sein neutrales System aufgeben wird. Er ist heute, was er gestern gewesen: der gefürchtetste Feind der Anarchie, das stets gegen die Faktionen erhobene Schwert.

Von guter Quelle geht mir eine Mittheilung zu, welche auf die gegenwärtige Situation ein helles Licht wirft, indem sie nachweist, daß alle Erschütterungen, welche seit 15 Monaten die öffentliche Meinnng und das Land in Bewegung gesetzt, nach einem wohlangelegten Plane angeordnet waren, um die Konstitution zu unterminiren, da man offen nicht angreifen konnte, da man geschworen hatte, sie aufrecht zu erhalten. Dieser Plan findet sich sehr klar in einigen Worten auseinandergesetzt, die der Präsident vor 18 Monaten aussprach, und deren vollkommene Authenticität garantirt wird:

„Man bezeichnete vor dem Präsidenten der Republik die zahlreichen Mängel der Verfassung von 1848 und drückte den Wunsch aus, sie zu vernichten, indem man allerdings zugab, daß die Aufgabe nicht ohne Schwierigkeiten sei." — „Ohne Zweifel, erwiederte Napoleon Bonaparte, es ist fast unmöglich, sie direkt zu stürzen, aber es ist vielleicht möglich, dieses Resultat durch indirekte Mittel zu erlangen. Wenn man ein Pferd los sein will, so erreicht man dies, indem man es entweder niederschießt, oder indem man es so lange im Laufe erhält, bis es vor Müdigkeit und Erschöpfung todt hinfällt. Wohlan, dieses letzte System denke ich in Bezug auf die Konstitution anzuwenden. Ich werde sie solche Sprünge machen lassen, daß sie unterliegen soll, ehe sie ihren Lauf beendigt hat."

Diese wenigen Worte erklären allerdings die ganze Geschichte der letzten 15 Monate, seit dem Schreiben an Edgar Ney bis zur Ernennung des neuen Kabinets. Um alle Fehler der Konstitution von 1848 hervortreten zu lassen, setzte man alles

in ihr enthaltene Gefahrvolle in Bewegung, und man ist so zu dem gegenwärtigen Konflikte gekommen, den man täglich ernster und tiefer zu gestalten bemüht ist.

L'Ordre, das Organ des tiers-partie, welches sehr lebhaft zum Kriege antreibt, deutet mit folgenden Worten an, daß die morgende Debatte über die Köpfe der Minister hinweggehen wird, um den Präsidenten selbst zu treffen. „Eine Fraktion der Majorität, dieselbe, welche in den Gefühlen verharrt, durch welche sie das Mißtrauensvotum abgelehnt hat, scheint zu glauben, daß es sich um eine politische Debatte mit den Ministern handelt. Aber sie soll wissen, daß es uns gar nicht darum zu thun ist, eine Anklage gegen die armen Beamten zu erheben, denen man es vorgeschrieben hat, einige Zeit als Schildwache an der Thüre der Ministerien zu stehen, welche Andere einnehmen sollten. Allein die Botschaft des Präsidenten der Republik, welche in diesem Augenblicke das ganze Land durchläuft, behauptet unwahre Thatsachen, um die öffentliche Meinung gegen die Nationalversammlung einzunehmen. Die Majorität kann nicht gestatten, daß man sie Angesichts des Landes anklage: alle Versuche des Präsidenten aus bösem Willen oder aus Ohnmacht zu nichte gemacht zu haben. Es giebt gewisse Geister, und wir haben uns unglücklicher Weise davon überzeugen können, welche geneigt sind, alles gut zu heißen, alles zu ertragen. Aber es giebt auch Andere, welche mit gewissenhafter Achtung vor den Rechten des Präsidenten entschlossen sind, die bis jetzt nur zu sehr ermuthigten Prätensionen desselben mit der größten Energie zu bekämpfen. Wir sind von denjenigen, die der Meinung sind: daß man lieber hundertmal aufhöre, einer souveränen Versammlung anzugehören, als sie feige entehren zu lassen durch ein allmäliges Aufgeben aller ihrer Rechte."

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 29. Jan. [Die zweite Schwurgerichts-Periode d. J.] beginnt am 18. Februar und wird ungefähr vierzehn Tage dauern. Zum Präsidenten des Gerichtshofes ist Herr Kreis-Gerichts-Direktor Luther zu Trebnitz ernannt worden.

Angekommen: Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Herzog v. Ratibor.

Breslau, 29. Jan. [Theater.] Bei ziemlich gut besetztem Hause ging gestern das vielgerühmte neue Lustspiel von Scribe: „Die Erzählungen der Königin von Navarra" zum ersten Male über unsere Bühne. Ich bin heute verhindert, eine Kritik dieses Stückes zu geben, will aber, da morgen die Vorstellung wiederholt wird, das Publikum zum wenigsten darauf aufmerksam machen, daß die Erzählungen der Königin von Navarra eine der geistvollsten und trefflichsten Produktionen sind, welche die Scribesche Feder je hervorgebracht, und dürfte dieses Lustspiel wohl das bedeutendste seiner Gattung sein, das seit Jahren auf der Bühne erschienen ist. — Das Publikum folgte der im Ganzen sehr gelungenen Vorstellung mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit und rief am Schluß „Alle."

Die weitere Besprechung in einer der nächsten Nummern.

M. K.

* **Breslau,** 29. Januar. [Drillinge.] Am 24. Januar d. J. ist die Frau des Tagearbeiters Schlaubot in Neudorf (vor dem Schweidnitzer Thore) von Drillingen, zwei Mädchen und einem Knaben, entbunden worden. Der glückliche aber arme Vater, welcher durch seiner Hände Arbeit den Neugebornen und zwei älteren Kindern den Unterhalt verschaffen soll, weinte bittre Thränen, als die Kinder getauft wurden. Wer vermag das schmerzliche Gefühl in der Brust des Vaters zu schildern, wenn der redlichste Willen nicht hinreicht, um seine Familie zu ernähren? Die Tagearbeiter Schlaubot'schen Eheleute sind der Unterstützung würdig und bedürftig. **Dem Wohlthätigkeitssinne der edlen hülfsbereiten Frauen in Breslau mögen sie daher dringend empfohlen sein; der Winter und der zu dieser Jahreszeit gewöhnliche Mangel an Arbeit vermehrt die Noth der unglücklichen Familie. Sie wohnt im Hause Nr. 43 zu Neudorf. Eilet dorthin und helfet!**

Breslau, 29. Januar. Die neueste Nummer des Staats-Anzeigers macht Folgendes bekannt:

Auf Ihren Bericht vom 27. Dezember 1850 genehmige Ich die Errichtung eines Gewerbe-Gerichts für den Gemeindebezirk der Stadt Ratibor, welches daselbst seinen Sitz haben und in der Klasse der Arbeitgeber aus drei Mitgliedern des Handwerkerstandes und zwei Mitgliedern des Fabrikstandes, in der Klasse der Arbeitnehmer aber aus zwei Mitgliedern des Handwerkerstandes und zwei Mitgliedern des Fabrikstandes bestehen soll.

Charlottenburg, den 2. Januar 1851.

Friedrich Wilhelm.
von der Heydt. Simons.

An den Minister
für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten
und den Justizminister.

Se. Majestät der König haben mittelst allerhöchster Bestätigungs-Urkunde vom 23. Dezbr. v. J. die unter dem Namen „Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern" in Breslau zusammengetretene Aktien-Gesellschaft landesherrlich zu genehmigen geruht. Dies wird auf Grund des Gesetzes über die Aktien-Gesellschaften vom 9. Novbr. 1843 hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß das von den Unternehmern in der notariellen Verhandlung vom 17. Septbr. 1850 vollzogene Gesellschaftsstatut durch das Amtsblatt der kgl. Regierung zu Breslau zur öffentlichen Kenntniß gelangt.

Berlin, den 24. Januar 1851.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
(gez.) v. d. Heydt.

Der Justiz-Minister.
Simons.

IV. **Gr.-Glogau,** 28. Januar. [Verschiedenes. — Meteor.] Die höheren Orts festgesetzten Durchschnittspreise für Fourage-Lieferungen und andere Verpflegungsgegenstände nach § 3—4 u. 9 der allerhöchsten Verordnung vom 12. Nov. v. J. bestimmen, daß der Scheffel Roggen mit 1 Thlr. 13 Sgr. 10 Pf., Hafer 24 Sgr. 4 Pf., der Centner Heu 21 Sgr. 5 Pf. und das Schock Stroh 4 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. berechnet wird. Das königl. Landrath-Amt macht dies den betreffenden Kreis-Einsassen mit der Aufforderung bekannt, daß die bezüglichen Liquidationen für jeden Monat einzureichen seien. — Künftigen Montag wird in hiesiger Loge das Erinnerungsfest an jene große Zeit des Befreiungskrieges von 1813—15 wie alljährlich festlich begangen werden, zu welchem das Fest-Comite auch diejenigen Kameraden einladet, welche in jüngster Zeit für Recht und Ordnung gekämpft haben. Anmeldungen bis zum 31. d., das Couvert 1 Thlr. — In der Flemming'schen Buchhandlung (J. Blumberg) ist so eben eine zeitgemäße Schrift erschienen: Die Entstehung und Fortentwickelung der evangelischen Kirche nach ihren drei Bestandtheilen, nebst Mittheilung über die separirten Lutheraner, Deutschkatholiken, freien Gemeinden, Baptisten rc. Ein Beitrag zur Orientirung und Belehrung bei der bevorstehenden kirchlichen Organisation und Kirchengemeinde-Ordnung, von Friedrich Dümichen, Pastor in Herrndorf. Preis 5 Sgr. — Meyerbeer's „Prophet" wird künftigen Freitag das erstemal über unsere Bühne gehen, und somit auch dieses Phänomen am Theaterhimmel für uns Glogauer vorüberziehen. — Am 25sten d., Abends 5 Uhr 5 Min., fiel ein leuchtender Körper in östlicher Richtung, dem Dafürhalten nach ganz nahe hinter Glogau, zur Erde. Seine außerordentliche Licht-Intensität, die er trotz der bei seiner Beobachtung noch herrschenden Tageshelle reflektirte, und sein Umfang lassen in ihm einen bedeutenden Meteorstein erwarten. Die Expedition des Niederschles. Anzeigers wird Nachrichten, die sich auf seine mögliche Auffindung beziehen, dankend entgegen nehmen.

△ **Liegnitz,** 27. Januar. [Schwurgerichtssitzungen.] In den letzten fünf Sitzungen der ersten Schwurgerichtsperiode pro 1851 befanden sich auf der Anklagebank:

1. Johanne Christiane unverehel. Schindel von hier. Dieselbe war wegen verheimlichter Niederkunft rc. angeklagt und wurde bei ihr aus Sittlichkeitsrücksichten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Geschworenen erklärten sie des ihr zur Last gelegten Verbrechens für schuldig, worauf ihr vom Gerichtshofe eine vierjährige Zuchthausstrafe zuerkannt wurde.

2. Karl Tscharke, Freigärtner aus Marschwitz und Georg Tscheuschner, Inwohner von dort, beide wegen vorsätzlicher, zur Nachtzeit an bewohnten Gebäuden verübter Brandstiftung mit einem Schaden von 300 Thlr. angeklagt. Der rc. Tscheuschner, ein mehrfach bestrafter Dieb und Vagabond, konnte nicht vor den Assisen erscheinen, weil er durch einen fallenden Baum, den er niedergehauen, so am Fuße verletzt worden war, daß sich daraus ein Knochenfraß entwickelt hatte, der ohne Zweifel sein baldiges Ende herbeiführen dürfte. Dieser Tscheuschner hat nun gerichtlich ausgesagt, daß er von Tscharke aufgefordert worden sei, gegen eine Belohnung von 10 Thlr. dessen Haus niederzubrennen. Tscharke hat in der Voruntersuchung sein Verbrechen bereits eingestanden, leugnete dasselbe aber vor den Geschworenen wieder, wobei er sich doch in mehrfache Widersprüche verwickelt. Das Verdikt der Geschworenen lautet indeß auf schuldig und das Erkenntniß des Gerichtshofes auf zehnjährige Zuchthausstrafe, Verlust der Nationalkokarde und zehnjährige Stellung unter Polizeiaufsicht.

3. a) Der Inwohner Ignaz Reinhold aus Herrmannsdorf, 48 Jahr alt, katholisch, schon öfters bestraft, wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls; b) dessen Ehefrau Barbara, geb. Gükel, 40 Jahr alt, katholisch, noch nicht bestraft, wegen Theilnahme an diesem gewaltsamen Diebstahle, und c) Johann Gottl. Walter, Tagearbeiter aus Tillendorf, ebenfalls wegen gewaltsamen Diebstahls. Das Verdikt der Geschworenen lautet in Bezug auf alle drei Angeklagten zum Theil ganz, zum Theil bedingt auf schuldig, und es wurde demnach der rc. Weinhold zu zwölfjähriger Zuchthausstrafe, Verlust der Nationalkokarde, 12 Jahr Polizei-Aufsicht rc., der rc. Walter zu 2 Jahr Zuchthaus und 5 Jahr Polizeiaufsicht und die Barbara-Reinhold zu drei Monate Zuchthaus und 1 Jahr Polizeiaufsicht verurtheilt.

4. Karl Wilhelm Weichenhein, Fleischergeselle aus Göllschau, wegen kleinen gemeinen, zugleich vierten Diebstahls und wiederholten Betteins. Derselbe wird zu lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

5. Johann Heinrich Berger, Tagearbeiter aus Waldau, wegen kleinen gemeinen, unter erschwerenden Umständen verübten, diesmal vierten Diebstahls. Derselbe wird ebenfalls zu lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Mit dieser Verhandlung wird die erste Sitzungs-Periode des hiesigen Schwurgerichts pr. 1851 beschlossen. Der Vorsitzende entließ die Geschworenen mit einer Ansprache.

(**Oppeln.**) Die von dem Oberförster Heller zu Dambrowka seit 18 Jahren mitverwaltete Oberförsterei Budkowitz ist dem Oberförster Kaboth II., welcher seinen Wohnsitz in Kreuzburghütte hat, übertragen worden. Dem Sekretär Mäner zu Dambrowka ist die Verwaltung der Forstuntererheberstelle der Oberförstereien Dambrowka und Budkowitz mit dem Wohnsitz in Kreuzburgerhütte übertragen worden. Seitens des königlichen Provinzial-Schul-Kollegii ist dem bisherigen Schul-Amts-Kandidaten Dr. Schmidt die durch die Ascension des bisherigen Kollaborators Dr. Anton zum vierten Kollegen, am Gymnasium zu Oels erledigte Kollaboratorstelle verliehen worden.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 28. Januar.) J. k. H. die Frau Prinzessin von Preußen wohnte gestern Abend der Vorstellung der Shakespeareschen Tragödie Coriolan im Opernhause bei und beehrte darauf das von dem ausgezeichneten Klaviervirtuosen Anton v. Kontski im Saale des königl. Schauspielhauses unter großem Beifall gegebene Konzert einige Zeit mit ihrer hohen Gegenwart. Se. k. H. der Prinz von Preußen, sowie noch andere hohe Personen und viele Kammermitglieder wohnten auch der Darstellung des „Coriolan" mit gespannter Aufmerksamkeit bei. Vielseitig hörte man unter Anderem den Wunsch aussprechen, daß bei der nächsten Aufführung genannter Tragödie in den Volksscenen das Personal vermehrt werde. Md. Crelinger erhielt als Mutter Coriolans, in der Rolle der Volumnia, einen enthusiastischen Beifall und stürmischen Hervorruf. (Ref.)

— * (Wien, 27. Januar.) Die zur Beurtheilung des besten Lustspieles niedergesetzte Preiskommission hat den ersten Preis von 200 Dukaten einem Lustspiele Bauernfelds, „der kategorische Imperativ" betitelt, zuerkannt. Die zwei nächsten Preise sind den Herren E. Mautner und Rod. Benedix zugefallen.

— (Emden.) Am 22. Januar, Abends zwischen 8 und 9 Uhr, wurde hier eine, von Süden her über Emden hinwegfliegenden Feuerkugel beobachtet. Dieselbe soll am nördlichen Theile des Horizonts, ähnlich einer Rakete, mit einem starken Knall auseinandergesprungen sein.

— (Chur.) Auf dem wilden Bergpaß Scaletta, der von der Landschaft Davos ins Unterengadin führt, ist dieser Tage ein Mann mit drei Pferden in einer Lawine verunglückt. Zwei andere Männer waren auch in Gefahr, das Leben zu verlieren, konnten sich aber doch noch retten. (N. Z. Z.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* **Breslau,** 29. Januar. [Adresse der Handelskammer an das Staats-Ministerium].

Hohes Staats-Ministerium!

In der nächsten Zukunft stehen wichtige Entscheidungen auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete und in der Handels-Politik unseres Vaterlandes bevor. — Wären wir selbst gesetzlich nicht verpflichtet, den hohen Behörden unsere Ansichten über die Mittel zur Förderung von Handel und Gewerbe mitzutheilen, so würden wir dennoch in einem so wichtigen Zeitpunkte im Interesse der ganzen technischen Cultur und der von derselben bedingten Blüthe und Größe des Vaterlandes unsere Stimme zu unterdrücken nicht vermögen. Vor Allem erscheint es uns hiernach nöthig, den Standpunkt zu bezeichnen, welchen wir als Resultat der Erfahrung in national-ökonomischer Beziehung einnehmen.

Wir erkennen die Richtigkeit des Freihandels-Systems in der Theorie an, ganz ebenso wie wir von der Unumstößlichkeit der mathematischen Lehrsätze überzeugt sind. So wie aber diese ewigen Wahrheiten des Calcüls in ihrem ganzen Umfange nur auf ideellem Gebiete anwendbar sind, dagegen sobald sie in das Leben eingeführt werden sollen, die verschiedensten Modificationen je nach den Stoffen, auf welche sie bezogen werden, erfahren müssen, ganz ebenso verhält es sich unserer Einsicht nach mit der Anwendbarkeit des Systems des freien Handels. — Die Frage, ob und inwieweit demselben Folge zu geben sei, muß für jedes Handelsgebiet besonders entschieden werden, und es sind dabei alle die Faktoren, welche in ihrer Zusammen- und Wechselwirkung die in Frage stehende technische Kultur bedingen, in sorgfältigste Erwägung zu ziehen. — Lage, Klima, Reichthum, Bevölkerung, Sitten und Gewohnheiten, Bildung, gewerblicher Standpunkt und wie die Seiten ferner heißen, welche das individuelle Leben eines Volkes oder einer Völkergemeinschaft charakterisiren, alle diese Elemente in ihrer Gesammtheit sind entscheidend bei der Wahl des in einem jeden bestimmten Falle einzuhaltenden Grades von Freiheit oder Schutz von Handel und Gewerbe.

Vom Standpunkte der Wissenschaft aus scheint uns das Verlangen derjenigen, welche stets und unter allen Umständen Handelsfreiheit verlangen, allein schon dadurch gerichtet zu werden, daß sie die Vielgestaltigkeit der Verhältnisse des Lebens ignoriren und durch ein Universal-Mittel, das in gleicher Weise und auf alle Zustände anzuwenden wäre, Heil und Segen überall verbreiten zu können vermeinen. — In diesem Betrachte erinnern die wohlgemeinten Bestrebungen der Freihandels-Partei an mannigfache ideelle Bemühungen auf dem Gebiete der Staats-Politik, deren Undurchführbarkeit jüngsthin eine schwere Zeit genugsam dargethan hat.

Hiernach erscheint uns für Preußen und für den ganzen Zoll-Verein die Annahme des Freihandels-Systems nicht nur unthunlich und gefährlich, sondern wir erachten auch den bis dahin innerhalb des gedachten Handelsgebiets stattgegebenen Schutz für Handel und Industrie nicht für ausreichend und vermögen den Ausdrück unserer Ueberzeugungen und Wünsche nach dieser Richtung im Wesentlichen nur in den Vorschlägen zu erblicken, welche ein königliches hohes Ministerium der Kasseler Konferenz zur Berathung unterbreitet hatte. Der leitende Gedanke in diesen Vorschlägen:

> ausreichender Schutz für diejenigen Industrien, welche innerhalb des Zollvereins die Elemente zu ihrem Gedeihen und zur konkurrenzfähigen Ausbildung dem Auslande gegenüber haben, auf so lange, als der Entstehungs- und Bildungs-Prozeß derselben bedarf;

ist derjenige, von dessen Richtigkeit wir vollkommen überzeugt uns halten und von dessen, den jedesmaligen Verhältnissen angepaßten Durchführung wir allein die industrielle Machtentfaltung unseres Vaterlandes erwarten, deren dasselbe überhaupt fähig ist.

Nachdem wir hier unumwunden unsere in tiefster Ueberzeugung wurzelnden, den jeweiligen Zuständen entsprechenden Ansichten über die zu befolgende volkswirthschaftliche Politik ausgesprochen haben, glauben wir zur Vermeidung irriger Auffassungen darauf hinweisen zu müssen, daß unter den fünfzehn Mitgliedern der Handelskammer und deren neun Stellvertretern sich nur drei oder vier Fabrikanten resp. Theilnehmer an industriellen Etablissementen befinden, daß die übrigen lediglich Kaufleute sind, welche ihre Ansichten in diesen Dingen aus der Erfahrung geschöpft haben, die sich ihnen, als Bewohnern einer gewerbfleißigen Provinz in ihren verschiedenen Lebensverhältnissen reichlich dargeboten hat.

Faßt man Diejenigen näher ins Auge, welche unaufhörlich und mit größter Ausdauer auf die Ergreifung des Freihandels-Systems hindrängen, so wird man bald inne, daß die Motive derselben nur in den seltensten Fällen aus der Ueberzeugung von der Trefflichkeit dieses Systems für die Wohlfahrt der Gesammtheit entspringen, vielmehr die Verfolgung der eigenen Interessen der Hebel zu allen den Anstrengungen nach der gedachten Richtung hin sind.

Kommt eine, auf freihändlerische Prinzipien gegründete Handelspolitik bei uns zur Geltung, so steht unserer Ansicht nach der Ruin unseres Vaterlandes in sicherer Aussicht. Aber auch schon ein Verharren bei den gegenwärtig bestehenden Steuer-Verhältnissen kann nach unserer Ueberzeugung die Entwickelung der zollvereinsländischen Industrie nicht befördern, sondern muß sie allmählig auf ein stets geringeres Maß beschränken. — Wenn hiergegen auf den Aufschwung hingewiesen wird, welchen die producirende und fabricirende Thätigkeit thatsächlich in den zum Zollverein verbundenen Staaten seit dem Jahre 1834 genommen, so muß bemerkt werden, daß hierzu die durch die Zollvereinigung geweckten und in Wechselwirkung getretenen Kräfte, der entstandene große innere Markt, die Belebung von Handel, Gewerbe und Verkehr durch die praktische Anwendung großer Entdeckungen im Gebiete der Wissenschaften, der rationelle Betrieb der Landwirthschaft und endlich das Geschick, der Fleiß und die Zähigkeit der deutschen Volksstämme beigetragen haben, von welchen letzteren Eigenschaften wir die eindringlichsten Beweise an der unglücklichen Bevölkerung haben, welche in beispielloser Hingebung mit größter Anstrengung arbeitet und hungert.

Betrachten wir speziell die volkswirthschaftlichen Verhältnisse Schlesiens, so finden wir einen großen Mangel an Kapitalien für gewerbliche Anlagen, einen fast dauernd gedrückten Absatz für die Erzeugnisse der Industrie und einen in steter Abnahme begriffenen Handel.

Diese ungünstigen Zustände sind nach unserer Ansicht einerseits das Resultat des bis dahin im Zollvereine befolgten handelspolitischen Systems, welches das Erstehen und Aufblühen einer kräftigen Industrie hinderte, — andererseits der diesseitigen Verhältnisse zu den Nachbarstaaten. — Die Prohibitiv-Systeme Oesterreichs und Rußlands wirkten namentlich nach dem Verluste Krakau's in ihrer ganzen Verderblichkeit auf die heimischen materiellen Verhältnisse.

Leider hat ein für den ganzen Westen unerfreuliches Ereigniß der neuesten Zeit diese ungünstige Lage Schlesiens und aller an den russischen Staat grenzenden Provinzen in manchem Betrachte gesteigert. Wir meinen hier die Einbeziehung des Königreichs Polen in die russische Zoll-Linie und die Einführung des neuen russischen Zoll-Tarifs. Durch diese Maßnahmen ist auch der bis dahin verblieben gewesene Rest des diesseitigen legalen Handels nach dem Königreiche Polen vernichtet worden.

Von allen den Stipulationen, welche der zwischen Preußen und Rußland am 3. Mai 1815 in Betreff des Herzogthums Warschau geschlossene Vertrag enthält, ist, insoweit selbige sich auf die Erleichterungen des diesseitigen und jenseitigen materiellen internationalen Verkehrs beziehen, keine zur Wahrheit geworden. — Namentlich aber ist tief zu beklagen, daß der im 28. Artikel des Vertrages enthaltenen Bestimmung, nach welcher der jenseitige Eingangs- und Ausgangs-Zoll zehn vom Hundert des Werthes der Waare am Absendungsorte nicht übersteigen soll, nicht Folge gegeben worden ist. Die neuen russischen, nunmehr ins Leben getretenen Zoll-Anordnungen verletzen aber jenen Vertrag abermals in doppelter Weise, indem sie nicht nur den Eingangs-Zoll noch höher gestellt, sondern die Ausführung des mehrerwähnten Vertrages dadurch unmöglich gemacht haben, daß es von jetzt an ein von Rußland abgesondertes Zollgebiet Polen gar nicht mehr giebt!

Wir bescheiden uns gern in dem Gedanken, daß es weder in der Macht des diesseitigen Gouvernements gelegen habe, die Durchführung jenes Vertrages zu erwirken, noch die neuen, unseren Interessen so schädlichen Maßnahmen des russischen Kabinets abzuwenden. Aber wir rechnen um so mehr darauf, daß unser hohes Gouvernement dahin streben werde, für das Terrain, welches der diesseitige Handels- und Gewerbstand in den Nachbarstaaten theils nicht zu erlangen vermocht, theils verloren, einen Ersatz insoweit zu schaffen, als solches mit den sonstigen volkswirthschaftlichen Interessen des Staates vereinbar ist. Bei der Abgeschlossenheit Rußlands und Oesterreichs vermag solchen Ersatz nur der heimische Markt zu bieten. — Dieser kann unserer Ansicht nach aber nur behauptet und resp. wiedererlangt werden unter dem Schirme eines Zollsystems, welches alle lebensfähigen heimischen Industrien erstarken zu lassen geeignet ist. Ein kräftiges, eigenes industrielles Leben ist aber das geeignetste Fundament für die Blüthe aller übrigen Zweige der technischen Kultur, für Handel und Ackerbau. Von der Wahrheit dessen giebt Großbritannien das sprechendste Zeugniß. — Unter dem Bestehen eines freihändlerischen Systems kann zu solchem Ziele eben so wenig gelangt werden, als der genannte große Industrie-Staat auf diesem Wege zu seiner Größe gekommen ist. Möchten unsere Staatsmänner uns denselben Weg, modifizirt nach unsern individuellen Verhältnissen, wandeln lassen!

Aber verderblich kann das Verlangen für uns nur ausschlagen, welches darauf ausgeht, unsere Industrie unter solchen Zollverhältnissen beginnen zu lassen — und leider findet selbige sich fast noch überall in den Anfängen, mit denen Großbritannien sein — manches Säkulum konsequent durchgeführtes — Schutzzoll-System gegenwärtig abgeschlossen hat. — Und trotz der Ausbildung und des hohen Standpunktes der großbritannischen Industrie ist der gegenwärtige dortige Zolltarif im Ganzen doch noch minder liberal, als der Tarif des Zollvereins!

So ist es denn eitel Trug, wenn von gewisser Seite her unaufhörlich auf das angeblich freihändlerische Handelssystem Großbritanniens hingewiesen und dasselbe dem Zollvereine zur Nachachtung empfohlen wird.

Tritt man der Sache aber noch näher, so erkennt man bald, daß der großbritannische Tarif in der That ein Schutzzoll-Tarif ist. Zur Beurtheilung, ob ein Tarif die Tendenz des Freihandels oder der Schutzzölle verfolge, genügt es nicht, die Zahlensätze desselben allein in Betracht zu ziehen. Vielmehr muß man dieselben mit Rücksicht auf die Ausbildung der Industrie betrachten, für welche er geschaffen ist.

Wenn Großbritannien bei seinem hohen Standpunkte der Baumwollen-Industrie

„ganz oder zum Theile fertige baumwollene Artikel"

mit einem Einfuhrzolle von 15 pCt. ad valorem belegt, so kann dieser Zoll nicht anders als ein Schutzzoll betrachtet werden, während für den Zollverein ein Zoll von 15 pCt. hier einer freihändlerischen Richtung entsprechen dürfte. Ganz aufgeklärt über die Tendenz des großbritannischen Tarifs in diesem Betrachte wird man aber, wenn man gewisse Positionen desselben betrachtet, welche sich auf Industriezweige beziehen, die zum Theile ihrer Natur nach nicht zu der Vollkommenheit innerhalb Großbritanniens geführt werden konnten, daß hierdurch schon fremde Importe ausgeschlossen wurden.

Sehr lehrreich ist es, wenn beispielsweise künstliche Blumen einen Zoll von 25—30 Prozent, Chokolade pro Pfund 5 Sgr., das ist einen Zoll über 70 pCt., Cichorien pro Pfd. 5 Sgr., das heißt, einen Zoll von etwa 500 pCt., — Geflechte von Stroh, Bast, Rohr, Roßhaaren, pro Pfd. 1⅔ Thlr. bis 3⅓ Thlr. — Hüte pro Stück 20 Sgr. — leinene gemusterte Taschentücher pro Stück 25 Sgr. — Kammgarn pro Pfund 5 Sgr. u. s. w. zu zahlen haben. — Wir wollen ferner einen verhältnißmäßig unbedeutenden Gegenstand, dessen Fabrikation durchaus kein erhebliches volkswirthschaftliches Interesse darbietet, hervorheben. — So ist die Einfuhr von fertigen Korkstöpseln von 7 Pence, die sie im Jahre 1841 zu zahlen hatten, jetzt auf 8 Pence, etwa 7 Sgr. pro Pfund erhöht, während der Preis des Pfundes dieser Waare 10 bis 12 Sgr. nicht übersteigt.

Die Tendenz bei Festsetzung dieses Prohibitivzolles hat doch nur die sein können, die verhältnißmäßig geringe Zahl der Korkschneider in ihrer Thätigkeit zu schützen. — Nach dem Obigen steht dies Beispiel nicht einzeln da. — Ist es nun wohl denkbar, daß Großbritannien seine großartigen Industrien minder nachdrücklich habe schützen wollen? — Gewiß nicht! — Man kommt vielmehr zu dem Schlusse, daß es dieselben thatsächlich in demselben Maaße, wie beispielsweise die Kork-Industrie, in dem Tarife berücksichtigt habe, daß indessen die Ausbildung derselben es möglich gemacht, diesen Zweck durch einen numerisch kleinen Zollsatz zu erreichen, durch welchen man sich gleichzeitig den Schein gegeben, als wolle man Konzessionen in der Richtung des Freihandels machen.

Ebensowenig, als hiernach Großbrittanien jemals sein Schutzzollsystem aufgegeben, ist solches von den übrigen Großstaaten auf die Dauer verlassen worden.

Es scheint unnöthig zu sein, an die desfallsigen Bestrebungen Rußlands, Oesterreichs und Frankreichs zu erinnern. Auch Nordamerika hat nach manchem Schwanken sich diesem Systeme in der Hauptsache angeschlossen, und der zeitige Präsident des Freistaates unterließ nicht, in seiner Antrittsrede zu erklären, daß er die nationale Arbeit zu schützen in Absicht habe.

Preußen und mit ihm der Zollverein sind zu einer bestimmt ausgesprochenen Handelspolitik leider im Laufe der Zeit nicht gelangt. Dieses unselige Schwanken des Gouvernements konnte nicht anders als höchst nachtheilig auf die Entwickelung der technischen Kultur Preußens und des Zollvereins einwirken. — Es war daher höchst erfreulich und ermuthigend für alle gewerbliche Thätigkeit innerhalb dieses Gebietes, gegenwärtig in dem diesseitigen betreffenden Ministerium eine bestimmt ausgesprochene Tendenz in Bezug auf die zu befolgende Handelspolitik festgehalten zu sehen. Als dessen nächsten Ausfluß begrüßten wir freudig die den Kasseler Zollkonferenzen unterbreiteten Propositionen, über welche wir schon oben gesagt haben, daß wir allein in der Durchführung derselben Heil und Segen für die Entfaltung einer eigenen großartigen Industrie zu sehen vermöchten.

Diese Zollvorschläge haben aber gerade in gegenwärtiger Zeit einen hohen Werth auch deshalb, weil ihre Verwirklichung das beste Mittel sein dürfte, den Bestrebungen derer wirksam entgegen zu arbeiten, welche die große Schöpfung des Zollvereins zu vernichten, oder doch zu schmälern beabsichtigen.

Wie wir aber den Zollverein niemals als für alle Zeit abgeschlossen, sondern als fortbildungsfähig in Bezug auf Inhalt und Umfang erachtet, und in ihm eben den Keim einer größeren handelspolitischen Völkergemeinschaft erblickt haben, so erhielten jene Zollvorschläge für uns andererseits deshalb einen hohen Werth, weil wir in ihnen die Brücke erblicken, mittelst welcher dereinst der Zollanschluß an das österreichische Staatsgebiet ausführbar sein möchte.

Sollte es — wie wir wünschen und verhoffen — binnen nicht zu langer Zeit möglich werden, eine Ausgleichung der gegenwärtig noch der Ausführung dieses Projekts entgegenstehenden Interessen herbeizuführen, so würde hierdurch ein Fundament zum materiellen Erblühen von ganz Deutschland gelegt werden, wie solches kaum ein anderer Staatenverband besitzt, oder jemals gehabt hat.

Durch die Verbindung einer in Sitten und Gewohnheiten, in Anlagen und Ausbildung von einander zum Theile erheblich abweichenden Bevölkerung von über sechszig Millionen Seelen, so wie durch die Vereinigung von Territorien, die von Natur in verschiedenartigster und oft reichster Weise ausgestattet sind, zu einem Zoll- und Handelsgebiete, würde für eine im großartigsten Maßstabe fabrizirende und producirende Thätigkeit ein innerer Markt von einer Bedeutung geschaffen werden, daß zunächst das Bedürfniß des Absatzes nach außenhin sehr beschränkt, nach vollständiger Entfaltung des heimischen Gewerbfleißes aber es erreicht werden dürfte, die Konkurrenz des Auslandes auf auswärtigen Märkten desto besser zu bestehen, in ähnlicher Weise wie wir dies in Betreff der Industrie Großbrittaniens an einem lehrreichen Beispiele vor Augen haben.

Gilt dieses aber für die Gesammtheit der in Rede stehenden Staatengebiete, so mag speziell in Betreff unserer vaterländischen Provinz auf das hohe Interesse hingewiesen werden, welches für diese Anbahnung einer Verbindung des Zollvereins mit Oesterreich auf volkswirthschaftlichem Gebiete haben muß. — Die Wunden, welche eine lange Reihe ungünstiger, zum Theile oben erwähnter Ereignisse, dem Handel und der Industrie Schlesiens geschlagen, würden durch solche Vereinigung geheilt, und die von Natur gesegnete Provinz einer hohen Blüthe in Handel, Gewerbe und Ackerbau entgegengeführt werden.

Diese unsere Ueberzeugungen haben wir einem hohen Staatsministerium, besonders Ansichts der in Wiesbaden wieder aufgenommenen Zollverhandlungen vorzutragen, uns um so mehr gedrungen gefühlt, als das Einschlagen einer freihändlerischen Richtung nach unserem Ermessen nur den Ruin des Vaterlandes zur Folge haben kann, und wir die möglichst ungeschmälerte Annahme der vorhin erwähnten Kasseler Propositionen auch um deshalb von der höchsten Wichtigkeit erachten, als halbe Maßregeln, wie überall, so namentlich auf volkswirthschaftlichem Gebiete von dem entschieden nachtheiligsten Erfolge sein müssen.

Breslau, den 15. Januar 1851.

Die Handelskammer.

An
Ein königl. hohes Staatsministerium
in Berlin.

Inserate.

Theater-Repertoire.

Donnerstag den 30. Jan. 29ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 2ten Male: **„Die Erzählungen der Königin von Navarra", oder: „Revange für Pavia."** Schauspiel in 5 Akten von Scribe und Ernest Legouvé.

Freitag den 31. Januar. 30ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Der Verschwender."** Zaubermährchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Ferd. Raimund, Musik von Konradin Kreutzer.

Vielseitig ausgesprochenen Wünschen zu genügen, und da ein großer Theil der Bons bereits eingegangen ist, **soll noch an den drei Tagen: Freitag den 31. Januar, Sonnabend den 1. und Sonntag den 2. Februar d. J. eine festgesetzte Anzahl Bons verkauft werden.** — Diese Bons **für je 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern** sind für die noch übrigen Vorstellungen des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen in den Monaten Januar, Februar und März **1851** gültig.

Sonnabend den 1. Februar

Maskirter und unmaskirter Ball.

Billets in den Saal à 1 Rthlr. sind im Theater-Bureau zu haben.

Statt besonderer Meldung empfehlen sich als Verlobte:
Thekla Glöckner.
Dr. med. Heinrich Zibold.
Brieg, den 26. Januar 1851.

Maria v. Morlhon.
Fr. v. Goertz.
Verlobte.
Breslau, den 26. Januar 1851.

Auguste Levy.
Dr. Salomon Deutsch.
Verlobte.
Berlin, Posen, den 26. Januar 1851.

Als Neuvermählte empfehlen sich Freunden und Gönnern:
Dr. med. S. Wiener.
Johanna Wiener, geb. Sachs.
Katscher, den 25. Januar 1851.

Todes-Anzeige.
Heute Nachmittag 4 Uhr verschied sanft, nach langen Leiden, mein innig geliebter Gatte, Johann Friedrich v. Rüdiger, im noch nicht vollendeten 62sten Lebensjahre. In Stelle besonderer Meldungen und mit der Bitte um stille Theilnahme, beehre ich mich, Verwandte und Freunde in meinem und unserer einzigen Tochter Anna Namen, hiervon ergebenst in Kenntniß zu setzen.
Berlin, den 27. Januar 1851.
Emilie v. Rüdiger, geb. Timm.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag, den 31. Januar, Abends 6 Uhr. Der Präses der Gesellschaft, Herr Prof. Dr. Göppert: einen demonstrativen Vortrag über die Flora der Vor- und Jetztwelt, besonders über die der Tropen.
Der General-Secretär Bartsch.

Im Musiksaale der Universität
Donnerstag, den 30. Januar:

Drittes grosses Concert des academ. Musik-Vereins.

Programm.
I. Theil.
1) Ouverture zum Sommernachtstraum von Mendelssohn.
2) Quartette.
3) Scene, Arie und Chor aus der sicilianischen Vesper von Lindpaintner.
II. Theil.
„Eine Nacht auf dem Meere". Dramatisches Tongemälde (gekrönte Preiscomposition) von W. Tschirch.

Billets à 15 Sgr. und à 10 Sgr. sind in den Musikalienhandlungen von Leuckart, Scheffler, Schuhmann, an der Kasse à 20 und à 15 Sgr. zu haben.
Textbücher à 2 Sgr. sind nur an der Kasse zu haben.
Kasseneröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.
Die Direktion des academischen Musikvereins.
Dittrich. Grosser. Gramsch.

Wintergarten.

Abonnements-Konzert der Theater-Kapelle.

Zur Aufführung kommt unter Anderm:
Sinfonie vom Abt Vogler. (C dur.)
Ouvertüre zur Oper: Idomeneo von Mozart.
Ouvertüre zur Oper: Die Großfürstin, von Flotow. (Neu.)
Anfang 3 Uhr. Entree 5 Sgr.

Beim Abrücken aus den Kantonnirungs-Quartieren der Gegend von Sommerfeld kann der Unterzeichnete nicht unterlassen, den Dominien, Geistlichen und sämmtlichen Einwohnern der Ortschaften Dolzig, Niverle und Schniebirchen, Namens der von ihm geführten 1. Kompagnie 7. Landwehr-Regiments, für die freundliche, herzliche Aufnahme, welche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften durch einen fast vierwöchentlichen Zeitraum erfahren haben, öffentlich recht innig zu danken und hier noch ein Mal von Herzen Lebewohl zu sagen.
Liegnitz, den 26. Januar 1851.
Nöldechen,
Pr.-Lieutenant und Kompagnieführer.

Auf die in der Breslauer und Schlesischen Zeitung vom 26. Januar von den Herren J. H. Steinitz u. Comp. gemachte Anzeige erlaube ich mir zu bemerken: daß der angezeigte Diebstahl von graumelirtem Tuche Nr. 1 nicht vor dem Gasthause in Kapsdorf, sondern, indem der Wagen nächtlich von Breslau aus passirt ist, schon auf der Wegestrecke von Breslau bis Kapsdorf vorgekommen sein dürfte.
A. Mentzel,
Gastwirth in Kapsdorf.

In neuerer Zeit ist es häufig vorgekommen, daß sich Droschkenführer bedient haben, auf Anfragen eines geehrten reisenden Publikums nach meinem Hotel fälschlich zu berichten, als wäre dasselbe verlegt, so erkläre ich hiermit:
Schulze's Hôtel garni befindet sich immer noch **Albrechts-Straße Nr. 39,** und ist der ꝛc. Opitz, wie früher, dort zur Aufwartung da.
Dies zur gütigen Beachtung.

Une gouvernante française désire trouver à Breslau un engagement. S'adresser par lettre, signée J. G. chez Mr. Wilhelm Blasche à Breslau, Albrechtsstrasse No. 29

Bekanntmachung.

Durch den Abgang des bisherigen Lehrers wird der Lehrerposten an der evangel. Schule zu Camenz, Kreis Frankenstein, offen. Qualificirte, in der Provinz Schlesien heimatliche Schulamts-Kandidaten, welche bei der Wiederbesetzung dieser Stelle berücksichtigt zu werden wünschen, werden aufgefordert, sich bis zum 15. Februar d. J., unter Einreichung ihrer Zeugnisse, bei dem Vorstande der evangelischen Schule zu Camenz schriftlich zu melden.
Berlin, den 23. Januar 1851.
Der General-Bevollmächtigte Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Marianne der Niederlande, königl. geh. Rechnungs-Rath a. D.
(gez.) Cubelius.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Reusche Straße Nr. 15 und Neuweltgasse Nr. 1 belegenen, dem Bäckermeister Friedrich Paul Emil Bauer gehörigen, auf 6029 Rthlr. 9 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 1. Juli 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden
1) der Bäckermeister Friedrich Paul Emil Bauer,
2) die Frau Bäckermeister Bauer, Juliane Dorothea, geb. Thonfeld,
hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 23. Novbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Ediktal-Citation.

Der Ritterguts-Besitzer Graf Oskar v. Reichenbach, ehemals auf Dometzko, Oppelner Kreises, ist durch den Beschluß des königl. Ober-Tribunals zu Berlin vom 19. Dezember 1849 wegen Hochverraths in Anklagestand versetzt.
Zur Fortsetzung der Verhandlung und Entscheidung der Sache vor hiesigem Schwurgericht ist ein Termin auf

den 13. September d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

im Appellations-Gerichts-Gebäude zu ebener Erde anberaumt, und laden zu demselben den Angeklagten, dessen gegenwärtiger Aufenthalts-Ort unbekannt ist, mit der Aufforderung vor, zur festgesetzten Stunde pünktlich zu erscheinen, und die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen, oder solche dem Gericht so zeitig vor dem Termine anzuzeigen, daß sie noch zu demselben herbeigeschafft werden können.
Bei seinem Ausbleiben wird mit der Entscheidung in contumaciam verfahren werden.
Breslau, den 11. Januar 1851.
Königl. Stadt-Gericht,
Abtheilung für Strafsachen.

Bekanntmachung

wegen Sicherstellung des Brot- und Fourage-Bedarfs für die königl. Truppen im Bereiche des 6. Armee-Corps pro 1851.

Für die mit königl. Magazinen nicht versehenen Garnisonorte, die Orte Canth, Striegau, Neumarkt, Nimptsch, Reichenbach, Patschkau und Frankenstein und deren Umgegend von 2 Meilen soll die Verdingung des Brot- und Fouragebedarfs für das laufende Jahr an die mindestfordernden kautionsfähigen Unternehmer unter den bereits bekannten Lieferungs-Bedingungen mit der Maßgabe erfolgen, daß die Lieferung an allen Orten, wo gegenwärtig Truppen stehen, sofort beginnt, wenn diejenigen Bestände, welche sich an einzelnen Orten in den errichteten Magazinen etwa noch vorfinden sollten, vollständig aufgeräumt sind.
Wir haben demgemäß einen Submissions-Termin

auf den 4. Februar d. J.

angesetzt, in welchem mit ausdrücklichem Ausschluß jedes Lizitations-Verfahrens der Zuschlag oder etwaige weitere Unterhandlung lediglich dem Ermessen der unterzeichneten Intendantur vorbehalten bleibt, der aber sofort erfolgen kann, wenn die Preisforderungen den gegenwärtigen örtlichen Verhältnissen angemessen sind.
Hiernach fordern wir lieferungslustige, kautionsfähige Unternehmer auf, in diesem Termin und zwar unfehlbar spätestens bis 11 Uhr Vormittags ihre versiegelte, mit der Aufschrift: „Lieferungs-Offerte" versehene Submission postfrei einzureichen, worin, wenn sie Berücksichtigung finden soll, die bestimmte und unbedingte Erklärung enthalten sein muß, für welche Orte und zu welchen Sätzen die Naturalien-Lieferung übernommen werden soll; die Preissätze sind unter allen Umständen ortsweise anzugeben, da auf General-Entreprisen keinen Falls gerücksichtigt wird.
In diesem Submissions-Termine werden ebenfalls Offerten zu Lieferungen von Roggen und Fourage für die königl. Magazine angenommen.
Breslau, den 26. Januar 1851.
Königliche Intendantur des 6. Armee-Corps.
Keigel.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Seiffersdorff bei Ottmachau im hiesigen Kreise unter Nr. 14 gelegene Bauergut, abgeschätzt auf 9265 Rtl. 10 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 29. April 1851,
Vormittags 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Die unbekannten Real-Prätendenten werden aufgefordert, sich zu Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.
Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubigerin Frau Oberförster Auguste Altrock, geb. Mayer, oder deren etwaige unbekannte Erben werden hierdurch öffentlich vorgeladen.
Grottkau, den 5. Oktober 1850.
Königliches Kreis-Gericht.

Pferde-Verkauf.

Zum öffentlichen Verkaufe von circa 60 Stück zurückempfangenen Landwehr-Pferden an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung, habe ich auf Montag

den 3. Februar d. J.
Vorm. 10 Uhr

einen Termin vor dem Bureau des Landraths-Amtes hierselbst anberaumt, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade.
Oppeln, den 28. Januar 1851.
Der königliche Landrath.
In Vertretung:
Der königl. geh. Regierungs-Rath
(gez.) Heinrich.

Im hiesigen königl. Saamen-Magazin lagert eine bedeutende Quantität **Fichten- oder Rothtannen-Saamen (Pinus pices)** mit Flügeln von guter Keimkraft, zu deren Veräußerung ich von höhern Orts autorisirt worden bin. Der Preis eines Pfundes ist 2 Sgr. Die Kosten der Emballage und des Tranportes haben die Käufer zu tragen.
Schleusingen, den 26. Januar 1851.
Der kgl. Forstmeister v. Witzleben.

Bau-Verdingung.

Auf dem Dominium Mettkau, Neumarktschen Kreises, soll ein massiver Schafstall und eine dergleichen Scheuer erbaut und an den Mindestfordernden verdungen werden. Hierzu ist ein Termin in loco Mettkau **den 10. Februar d. J.,** früh um 9 Uhr, anberaumt, wozu qualifizirte Baumeister eingeladen und um Abgabe ihrer Gebote ersucht werden.
Der Zuschlag wird einem der drei Mindestfordernden vorbehalten. Zeichnungen, Anschläge und Bedingungen können jederzeit beim Guts-Curator v. Machui auf Ocklitz eingesehen werden.
Mettkau, den 26. Januar 1851.

In den Terminkalendern für die preußischen Justizbeamten für das Jahr 1851 ist die Stadt **Reinerz** als mein Wohnsitz bezeichnet. Diese Notiz muß ich als eine unrichtige bezeichnen, da ich in Folge der im Jahre 1849 eingetretenen Justiz-Organisation mit Genehmigung meiner vorgesetzten Behörde von Reinerz nach **Glaz** übergesiedelt bin, die Geschäfte bei den Gerichts-Kommissionen in **Reinerz, Neurode** und **Wünschelburg** aber von hier aus besorge.
Glaz, den 27. Januar 1851.
Deschner,
königl. Rechtsanwalt und Notar.

Pferde-Auktion.

Freitag den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, sollen in der alten Reitbahn des ersten Kürassier-Regiments, wegen Demobilmachung des 2ten Bataillons (Breslau) 3ten Garde-Landwehr-Regiments, 10 Reit-, 4 Pack- und 16 Zug-Pferde meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.
Breslau, den 27. Januar 1851.
Der Commandeur v. Puttkammer.

Die Pferde-Auktion

wird morgen den 30. Januar d. am Ballhofe fortgesetzt.
Breslau, den 29. Januar 1851.
Das Train-Kommando.

Pferde-Verkauf.

Am 3. Februar Vormittags 11 Uhr werden auf dem Exercier-Platze in der Stadt 15 bis 20 Landwehr-Kavalerie-Pferde gegen baare Bezahlung verkauft werden.
Münsterberg, am 28. Januar 1851.
Der königliche Landrath Schwenzner.

Auktion. Am 31. d. Mts. Vorm. 10 Uhr in Nr. 42 Breitestraße Fortsetzung der Auktion von Hamburger Cigarren.
Mannig, Auktions-Kommiss.

Wegen Veränderung meines Wohnsitzes von Neisse nach Patschkau, fordere ich alle meine geehrten Mandanten hierdurch auf, sich ihre Manual-Akten innerhalb vier Wochen bei mir abholen zu lassen.
Nach Ablauf dieser Frist werde ich annehmen, daß ich darüber anderweitig verfügen darf.
Neisse, den 24. Januar 1851.
Der königl. Rechts-Anwalt Justiz-Rath
Cirves.

Für Rübenzucker-Fabrikanten.

Ein Gutsbesitzer in Westfalen beabsichtigt ein zur Rübenzucker-Fabrikation sehr geeignetes, in der Nähe der Köln-Mindener Eisenbahn belegenes Etablissement, nebst einigen hundert Morgen gutem tiefgrundigen Garten- und Ackerlande und Wiesen, auf längere Zeit unter erleichternden Bedingungen zu verpachten. Näheres wird auf portofreie Anfragen nachgewiesen in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Bekanntmachung.

Alle etwanige Bestellungen auf Kalk aus den ihrer Güte nach hinreichend bekannten Leiper Kalkbrennereien bittet man von jetzt ab an Unterzeichneten zu richten, welcher nicht verfehlen wird, für deren prompte Ausführung jederzeit Sorge zu tragen. Die schon früher bestandenen Niederlagen genannter Brennereien in Jauer und Freiburg, haben ihren Fortbestand und wird auch daselbst für steten Vorrath gesorgt werden.
Leipe bei Bolkenhayn, den 28. Jan. 1851.
v. Tschirschky.

Heiraths-Gesuch.

Ein Mann in den 30er Jahren, von angenehmem Aeußern, welcher ein offenes Geschäft betreibt, nicht unvermögend ist, sucht auf diesem Wege eine Lebensgefährtin mit einem Vermögen von 4 bis 6000 Rthl. Mädchen, welche auf diese Offerte einzugehen wünschen, werden ersucht, ihre Adressen unter der Chiffre A. Z. poste restante Breslau abzugeben.

Beachtenswerthes.

Durch den für sie sehr schmeichelhaften Besuch eines hiesigen und auswärtigen hochgeehrten Publikums und die von vielen Seiten ausgesprochene Zufriedenheit mit ihren **Augengläsern**, so wie mehrfachen achtungswerthen Aufforderungen bereitwilligst zu entsprechen, finden sich Unterzeichnete veranlaßt, **noch 14 Tage hier in Breslau** zu verweilen. Sie empfehlen sich nochmals mit den vorzüglichsten Augengläsern, die nicht allein schwache und kurzsichtige Augen erhalten, sondern auch verbessern. Auch empfehlen sie sich mit einer Art **Damen-Brillen**, die den Touren und Hauben keinen Schaden verursachen und auch Brillen, womit man ohne Anstrengung der Augen bei Abend lesen, schreiben und zeichnen kann. Durch vieljähriges Studium ist es ihnen gelungen, Hülfesuchende bei der Wahl der Brillen vor schädlichen Mißgriffen zu sichern und für ihre individuellen Bedürfnisse die passendsten Augengläser zur Erhaltung und möglichster Stärkung ihrer Sehkraft zu bestimmen. Ferner empfehlen sie alle Gattungen **Lorgnetten** für Herren und Damen, für kurz-, weit- und schwachsichtige Augen. Einfache und doppelte **Theaterperspektive**, in eleganter Fassung, werden aufs billigste verkauft. Sowie auch Reise-, Jagd- und Taschen-Fernröhre, die sich nebst ihrer Bequemlichkeit durch Schärfe auszeichnen und womit man 2 bis 4 Stunden weit sehen kann. Auch findet man ferner transportable kleine zusammengesetzte Taschen-Mikroskope, welche die kleinsten Insekten und Gegenstände bedeutend vergrößern à Stck. 1 Thlr. Zugleich empfehlen sie sich mit einer großen Auswahl Bade-Stuben- und anderer Thermometer in beliebter Form und eleganter Einfassung zum Preise von 20 Sgr. Das Lager befindet sich im Sternschen Hause, **Ring Nr. 24, eine Stiege,** Becherseite vis-à-vis dem Rathhause, und ist geöffnet von Morgens 8 bis Abends 5 Uhr.

Gebrüder Strauß,

königl. Hof-Optiker aus Berlin.

Beachtenswerth.

Für einen niedrigen Preis ist eine Fabrik, deren Fabrikat ein höchst nothwendiger Gegenstand ist, zu verkaufen.
Das Nähere erfährt man auf frankirte Anfragen unter der Chiffre F. G. poste restante Bunzlau.

Ursulinerstraße Nr. 1 ist der erste Stock zu vermiethen und zu Ostern zu beziehen.

Vorwerks-Pacht.

Das zur Grafschaft Przygodzice gehörige Vorwerk Kociemba mit ungefähr 559 Morgen Acker, 417 Morgen Wiesen, 11 Meilen von Breslau an der dorthin führenden Chaussee belegen, 14 Meilen von Posen und 1 Meile von Ostrowo entfernt; soll von Johanni 1851 ab, auf 12 hintereinanderfolgende Jahre im Wege der Submission verpachtet werden. Pachtlustige können die Bedingungen von jetzt an bei dem unterzeichneten Rentamte einsehen und ihre Gebote mit der Nachweisung ihres Vermögens und ihrer Geeigentheit daselbst bis zum 15. Mai 1851 versiegelt abgeben oder postfrei einsenden.
Przygodzice bei Ostrowo, 12. Januar 1851.
Das fürstlich Radziwillsche Rentamt.

Ein Amtmann, der Brennerei versteht (oder Brennerei-Beamter), **zwei Revierjäger** und ein **Bedienter** können sofort oder März (bei Hirschberg) gut placirt werden. Näheres sagt der Kommissionär **G. Meyer** in Hirschberg.

Anständige, gesittete junge Mädchen, welche das Blumenmachen zu erlernen wünschen, oder darin schon geübt sind, können sich melden in der Blumen-Fabrik Klosterstraße Nr. 1 a. (Ecke des Stadtgrabens).

Für einen Kaufmann, der geneigt ist, ein Spezerei-Geschäft zu etabliren, werden vollständige, im besten Zustande sich befindende Utensilien, zu einem soliden Preise, nachgewiesen.
Das Nähere durch
Alexander, Ketzerberg Nr. 21.

Ein gebildetes Mädchen in gesetzten Jahren, welches bisher größeren Hauswirthschaften zur Zufriedenheit vorgestanden hat, sucht von Ostern d. J. ab, wo sie ihre jetzige Stellung verläßt, ein anderweites Unterkommen.
Nähere Auskunft ertheilt die verwittwete Frau Destillateur Kästner,
Hummerei Nr. 6.

☞ Weiß-Nähtereien in Oberhemden ꝛc., werden auf das Modernste angefertigt. Auch wird gebildeten Mädchen Unterricht ertheilt im Weiß-Nähen und Stricken, Mühlgasse Nr. 22, zwei Stiegen bei
Friedrich.

Offerte.

Das **Bier-Export-Geschäft** von **Wilhelm Leinner** in **Culmbach** empfiehlt sich in ausgezeichnetem ächten Culmbacher Biere à 6¼ Rthl. preuß. Cour. per bairischen Eimer ohne Faß, franco Fracht und Steuer bis Breslau.

Widerruf.

Die Verlobung meiner Tochter Charlotte, mit dem Oekonom der adeligen Ressource, Hrn. Grundmann, habe ich für nöthig gefunden, wieder aufzuheben.
Breslau, den 29. Januar 1851.
J. G. Ochß, Destillateur.

Wir nehmen hiermit Gelegenheit unsern innigsten Dank auszusprechen für die freundliche Aufnahme, die wir von Seiten der Bürgerschaft in Freiburg während der Kantonnirung gefunden haben.
C. Stephan,
E. Gebauer,
Reserve-Jäger.

Ein herzliches Lebewohl dem Hrn. Lieutenant Br. **v. Bock,** und zugleich für seine humane Behandlung, die mir unter seinem Kommando zu Theil wurde.
Jäger **E. Gebauer.**

Gereinigten Malz-Syrup

für Brustkranke

und Grippe-Bonbons

empfiehlt billigst:

Carl Steulmann,

Universitäts-Platz u. Schmiedebrücke-Ecke 36.

Malz-Fabrik.

Die Herren Besitzer von Brauereien und Brennereien erlaube ich mir hiermit aufmerksam zu machen, daß sie in meinem hier neu errichteten Etablissement stets Malz von bester Qualität, sowohl von Frankengerste als von Riesser und altbaierischer Gerste vorräthig finden und lade ich zu Beziehungen ein.
Nürnberg, den 28. Dezember 1850.
W. Georg.

In einer großen Landwirthschaft kann vom 1. April d. J. an ein Oekonomie-Eleve placirt werden, wo? ist durch Hrn. Robert Schultz in Breslau, am Buttermarkt im goldenen Krebs, zu erfahren.

Kartoffeln

verkauft von jetzt ab das Dominium Pöpelwitz. Dies den Kartoffelhändlern auf ihre früheren Anfragen zur Nachricht.

Militär-Thon, bester Qualität, offeriren
A. Hampel u. Comp. in Bunzlau.

Larven und Maskenzeichen,

erstere in Sammt, Seide, Flor, Wachs u. dgl., wie auch Nasen, Flor-Augen und halbe Larven in größter Auswahl, empfiehlt einzeln als auch dutzendweise zu den billigsten Preisen: die Galanterie- und Spielwaaren-Handlung des
Joh. Sam. Gerlitz,
Ring Nr. 34, an der grünen Röhre.

Larven,

in größter Auswahl, empfiehlt billigst:
die Spielwaaren-Handlung des
Ernst Heiber,
Schweidnitzer Straße Nr. 17.

Gute Spiritus-Gebinde

sind in der Fabrik, Lange Gasse Nr. 22, billig zu verkaufen.

Gasäther

ist bei Hrn. **T. W. Kramer,** Büttnerstraße Nr. 30, wie auch bei mir, Lange Gasse Nr. 22, in der Fabrik, à Pfd. 4½ Sgr., zu bekommen.
C. F. Capaun-Karlowa.

Frischen Silber-Lachs

erhielt wiederum und offerirt:
Gustav Rösner,
Fischmarkt Nr. 1 und Bürgerwerder,
Wassergasse Nr. 1.

In meiner Stammschäferei zu Ober-Schönau stehen 50 Paar zur Zucht geeignete volljährige **Mutterschafe** zum Verkauf. Die Gesundheit wird garantirt.
Ulbersdorf im Kreise Oels, den 17. Jan. 1851
P. H. Nowag.

Zwei **Reitpferde,** noch jung und auf 175 Rtl. abgeschätzt, stehen wegen Demobilisirung zum sofortigen Verkauf Albrechtsstraße im Deutschen Hause.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlung in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth und Comp.,** Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Der unfehlbare englische Sprachmeister, oder unentdeckte englische Sprachenquelle, der schnellste und sicherste Führer bei Erlernung der englischen Sprache.

Anleitung diese Sprache in 8 Tagen ohne Hülfe eines Lehrers richtig lesen, schreiben und sprechen zu können ꝛc.
Bearbeitet nach eigenen langjährigen Erfahrungen
von Edward Ride.
Preis, geheftet 6 Sgr.
In **Oppeln** bei **Graß, Barth und Komp.,** in **Brieg** bei **Ziegler.**

In der Buchhandlung **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 20, ist vorräthig:
Gedrängtes Handbuch der Fremdwörter. Von Dr. Fr. Erdm. Petri. Zehnte, tausendfältig bereicherte Auflage. Erste und zweite Lieferung.
Das ganze Werk erscheint in sechs Lieferungen zu zehn Bogen à 10 Sgr., und wird daher komplett circa 60 Bogen stark, nur 2 Thlr. kosten. Jeden Monat wird eine Lieferung ausgegeben werden und das Ganze bis Ende März 1851 vollständig erschienen sein.
Diese zehnte Auflage des ältesten und renommirtesten von allen Fremdwörterbüchern bildet gegenwärtig zugleich das vollständigste und reichhaltigste unter allen ähnlichen, dem unserigen nachgebildeten Werken.
Arnold'sche Buchhandlung in Leipzig.

Unterzeichnung auf die zehnte, umgearbeitete, verbesserte und vermehrte Auflage des

Conversations-Lexikons,

welches in 15 Bänden oder 120 Heften zu dem Preise von 5 Sgr. für das Heft in dem Verlage von **F. A. Brockhaus** in Leipzig erscheint, nehmen alle Buchhandlungen an, besonders

Gosohorsky's Buchhandl. (L. F. Maske)

in Breslau, R. F. Frank in Rawicz, J. Karfunkel in Oels, A. Karfunkel in Gleiwitz, Scholz in Strehlen, C. F. Liedt in Warmbrunn.
Die in allen Buchhandlungen zur Ansicht zu erhaltenden ersten Hefte zeigen die bedeutenden Verbesserungen und Vermehrungen dieser neuen Auflage des bekannten Werks, so wie die sorgfältige äußere Ausstattung. Binnen drei Jahren soll es beendigt sein, und **die vollständige Lieferung in 120 Heften wird ausdrücklich garantirt.** Monatlich werden in der Regel drei Hefte von 6—7 Bogen ausgegeben.

Brücke in der Taschenstraße.

Bei der heut statutenmäßig erfolgten Verloosung sind die Aktien
14. 33. 82. 104. 109. 113. 119. 124. 126. 129.
gezogen worden, deren Valuten nebst Zinsen bis zum Zahlungstage unter Rückgabe der zu quittirenden Aktien bei dem Kaufmann Scheurich (Neue Schweidnitzerstraße) zu erheben sind.
Am 13. Februar d. J. hört die Verzinsung dieser Aktien auf.
Mit Einschluß derselben sind 11,800 Rtl. des Anlagekapitals von 15,000 Rtl. getilgt.
Breslau, den 14. Januar 1851.
Der Vorstand des Aktien-Vereins.

!! Medizinalrath Dr. Laube's Brustsyrup !!

sicherstes Mittel, sich bald vom Husten, Grippe und Heiserkeit zu befreien, Preis à Flasche 10 Sgr., empfiehlt die Parfümeriewaarenhandlung von **F. Piver u. Comp.,** Bischofsstr. Stadt Rom.

Wandelt's Institut für Pianofortespiel

beginnt mit dem 1. Februar einen neuen Kursus für eine neu aufzunehmende Abtheilung.

Breslauer Handlungs-Diener-Ressource.

Mittwoch den 5. Februar Konzert im Wintergarten.
Einlaß 4 Uhr. Anfang 6 Uhr. — Gastbillets werden den 1., 3. und 4. Februar Abends im Ressourcen-Lokale ausgegeben. — Mitglieder haben nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten Zutritt.
Der Vorstand.

Aechter Sirop Capillaire.

Nachdem die außerordentliche Wirksamkeit des ächten Sirop Capillaire von den berühmtesten Aerzten anerkannt ist, erlauben wir uns denselben in gegenwärtiger Jahreszeit angelegentlichst zu empfehlen, zugleich aber auch auf die vielen Täuschungen und Nachahmungen aufmerksam zu machen, zu welchen dieser Artikel bereits Veranlassung gegeben hat. Der Sirop Capillaire, welcher in seiner Aechtheit aus französischen mildlösenden Vegetabilien bereitet ist, erweist sich als ein eben so schnelles als sicheres Hülfsmittel gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung des Halses, Katarrh ꝛc.; er ist von überraschender Wirkung bei Kindern, welche an Stick- und Keuchhusten leiden. Sein fortgesetzter Gebrauch wirkt wohlthätig auf die Brustorgane, welche dadurch gestärkt und gekräftigt werden.
Wir verkaufen diesen ächten Pariser Sirop Capillaire in Original-Flaschen mit Gebrauchs-Anweisung à 12½ Sgr., und befindet sich für **Breslau** die einzige und alleinige Niederlage bei Hrn. **Carl Jos. Bourgarde,** Schuhbrücke Nr. 8.
Aller anderweit annoncirter Sirop Capillaire ist unächt und nachgeahmt und mit dem unsrigen nicht zu verwechseln.
Felix u. Comp. in **Berlin,**
Hof-Lieferanten Sr. Majestät des Königs.

2 möblirte Stuben

mit Entree, sind zu vermiethen auch bald zu beziehen: am Ohlauer Stadtgraben Nr. 19.

Gartenstraße Nr. 34 ist die Hälfte der ersten Etage Ostern zu beziehen.

Ring Nr. 27
ist der erste Stock zu vermiethen und Ostern zu beziehen. Das Nähere im Seiden-Gewölbe.

Karlsplatz Nr. 6 ist die zweite Etage von Ostern ab zu vermiethen. Das Nähere daselbst zu erfragen.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Oberst Scheppe aus Schweidnitz. Lieut. v. Perbandt aus Berlin. Lieut. v. Ohlen und Adlerskron aus Wohlau. Lieut. Graf von Reichenbach aus Schönwalde. Pastor Giesebrecht aus Liegnitz. Regierungs- und Bau-Rath Wiebe aus Bromberg. Bau-Insp. Salzenberg aus Hirschberg. Gräfin Almary und Partik. d'Andreoli aus Wien.

Markt-Preise.

Breslau am 29. Januar 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54½	52½	50	47	Sgr.
Gelber dito	53½	52	50	47	„
Roggen . . .	42	41	39	38	„
Gerste . . .	29	27½	26½	26	„
Hafer . . .	24	23	22½	22	„
Rothe Kleesaat	12	11⅙	10½	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10¾	9—8	6—7	Rtl.
Spiritus . .	6¾ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.
Rüböl 11 Rtl. Gld.
Zink 500 Ctnr. loco ab Oberschl. Bahnhof zu 4 Rtl. 13½ Sgr. begeben.

28. und 29. Jan.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″9,78‴	27″9,64‴	27″9,20‴
Thermometer	— 4,3	— 3,8	+ 1,0
Windrichtung	SW	NO	SW
Luftkreis	wolkig	bedeckt	trübe

Börsenberichte.

Breslau, 29. Januar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95 Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 108½ Br. Polnisch Courant 93 11/12 Gl. Oesterreichische Banknoten 79⅚ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 106 Gl. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100⅓ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 100¾ Gl., neue 3½ % 90½ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95¾ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 101¾ Gl., Litt. B. 4 % 101 5/12 Br., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94 11/12 Br. neue 94½ Br. Polnische Schatz-Obligationen 79½ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81 Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 74¼ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 109¾ Br., Litt. B. 106¼ Br. Krakau-Oberschlesische 73¼ Br. Niederschlesisch-Märk. 81⅔ Br., Priorität 5 % 103¾ Gl. Serie III. 103 Gl. Neisse-Brieger 37⅚ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103⅔ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36⅚ Br.

Berlin, 28. Januar. Die Börse war heute zum Theil in nicht so fester Stimmung, doch in den Coursen wenig verändert.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 97⅝ bez. und Br., Priorität 5 % 103⅜ bez. und Br. Krakau-Oberschlesische 4 % 73⅓ Br., Priorität 4 % — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 37⅛ à 36⅞ bez., Priorität 5 % 95 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 81½ bez., Priorität 4 % 93½ Gl., Priorität 5 % 103½ bez., Serie III. 5 % 103 Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 109 bez. und Br., Litt. B. 3½ % 105½ bez. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106¼ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 84⅝ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 127 à 128 bez. Posener Pfandriefe 4 % 101 Gld., 3½ % 90 Gld. Preußische Bank-Antheile 95¾ à ½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Gld., neue 4 % 94¾ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 81¼ bez., à 300 Fl. 142 bez. und Br.

Wien, 27. Januar. Fonds und Aktien waren sehr beliebt und sind besonders Nordbahn-Aktien bis über 121, Loose von 1839 bis 116¼ bezahlt worden. Zu Ende war alles wieder etwas matter, namentlich lomb. Anlehen. Comptanten und Wechsel sind in Folge von Bedürfnissen etwas höher begehrt gewesen.
5 % Metalliques 95, 4½ % 83¼; Nordbahn 120½: Hamburg 2 Monat 192½; London 3 Monat 12. 42.; Silber 130½.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.